

DER FELS

Raymund Fobes:
Im Dienst am Menschen –
gedrängt von der Liebe Christi

275

Prof. Dr. Manfred Spieker:
Ehe und Gemeinwohl – Teil 1

279

Prof. Dr. Hubert Gindert:
Das Gebetstreffen richtig verstehen

292

Katholisches Wort in die Zeit

42. Jahr Oktober 2011



INHALT

Raymund Fobes: Im Dienst am Menschen – gedrängt von der Liebe Christi	275
Prof. Dr. Manfred Spieker: Ehe und Gemeinwohl Warum die katholische Eheauffassung plausibel ist – Teil 1	279
Dr. Eduard Werner: Reformer und Wegbereiter in der Kirche: Hildegard Burjan 1883 - 1933	285
Franz Salzmacher: Diese Menschen sind Märtyrer des Alltags	286
Jürgen Liminski: Frankreich ist reich an geistlichen Aufbrüchen	289
Prof. Dr. Hubert Gindert: Das Gebetstreffen richtig verstehen	292
Dr. Alois Epple: Der für uns das schwere Kreuz getragen hat Rosenkranzbetrachtung.....	294
Dr. Andreas Püttmann: Woelkis Ruhm und Deckers Beitrag	295
Prof. Dr. Hubert Gindert: Vorsicht: Wölfe im Schafspelz.....	296
Auf dem Prüfstand	298
Zeit im Spektrum.....	300
Leserbriefe.....	302
Veranstaltungen.....	303

Impressum „Der Fels“ Oktober 2011 Seite 303
Redaktionsschluss ist jew. der 5. des Vormonats

Titelbild: Detail des Engels zur Rechten des thronenden Christus

Freske aus der Kapelle Sancta Sanctorum im Lateran zu Rom

Fotos: 275-279, 295 R.Gindert; 280 Deutscher Bundestag - Lichtblick-Achim Melde; 281 Grundgesetz; 282 Homepage: Ursula von der Leyen; 283 Tobias Helfrich, Bundesverfassungsgericht Karlsruhe; 285 Archiv; 286, 287 Kirche in Not; 288-291 Liminski; 292 X. Schnieper, D. Stock: Franziskus, Reich Verlag, 1981, S. 82; 294 Alois Epple

Quellen S. 285: Alfred J.Palka in „Der Fels“ Nr. 1/1989; S. 304: Martyrologium „Zeugen für Christus“ hersg. Von Prälat Helmut Moll, Schönigh-Verlag

Liebe Leser,

Auf die Krawalle in London, Manchester und Birmingham mit zerstörten Stadtteilen und fünf Toten hat der englische Premierminister David Cameron deutliche Worte gefunden: „Über Generationen“ habe sich in „Zeitlupe“ ein „moralischer Zusammenbruch“ angebahnt. Die Ereignisse seien ein „Weckruf für unser Land“. Als Ursachen dieser Gewalt nannte Cameron Verantwortungslosigkeit, Egoismus, Kinder ohne Väter und Schulen ohne Disziplin. Um die „kaputte Gesellschaft zu reparieren“, will der Premierminister die Schul-, Sozial-, Familien- und Drogenpolitik überprüfen. Das sind Töne, die wir in Kontinentaleuropa bei Ausschreitungen, beispielsweise in Paris oder Berlin, vermissen. Es gehört Mut dazu, das zu sagen. Entscheidend ist, ob den Worten auch Taten folgen.

Die Ursachen der Randalen von England finden sich auch bei uns.

In Deutschland hat eine Rede des früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Erwin Teufel, aufhorchen lassen. Erwin Teufel – „Ich schweige nicht länger“ – geht es um den zunehmenden Machtverlust der CDU/CSU in Ländern und im Bund. Er sagt viel Richtiges, wenn er z.B. glaubwürdige Persönlichkeiten in Partei, Parlament und Regierung fordert, christliche Werte in Erziehung, Familie, Beruf und Politik anmahnt, von Grundwerten des Christentums spricht, die Erziehungsleistung der Mütter nennt und den Vorrang des Kindeswohls vor den Interessen der Wirtschaft einfordert. Das sind vernachlässigte Grundsätze der Union. Um aber wirksam zu werden, müssten solche Aussagen zu Maßnahmen konkretisiert werden. So müsste z.B. die verfehlte Familienpolitik von Frau von der Leyen – Mütter möglichst schnell nach der Geburt ihres Kindes an den Arbeitsplatz zurück – korrigiert werden. Teufel spricht auch ein „heißes Eisen“ nicht an, nämlich das der demographischen Katastrophe, der wir

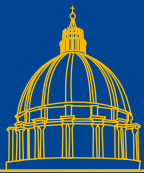
zutreiben. Er geht auch auf die Hauptursache dafür nicht ein, nämlich die Massenabtreibung, die die Einstellung zum Leben pervertiert. Wer etwas ändern will, muss sich auch an „heilige Kühe“ heranwagen.

In Deutschland wird auch innerhalb der Kirche „Erneuerung“ gefordert. Seit dem Kirchenvolksbegehren 1995 oder dem Memorandum „Kirche 2011“ hören wir immer wieder von „Reformstau“. Die selbsternannten „Reformer“ leiden an der Kirche, nicht aber an ihren eigenen Unzulänglichkeiten oder Sünden. Deswegen ist auch nicht von persönlicher Umkehr die Rede, sondern von Strukturen, der Abschaffung jener Forderungen, die die Anpassung an den Zeitgeist behindern. Dieses Reformgerede wird den für 2012 bis 2015 beschlossenen Dialogprozess begleiten.

Wem es im alt und müde gewordenen Europa um Erneuerung geht, der findet Hilfreiches beim Evangelisten Johannes (3,1-6). Eines Nachts, so berichtet der Evangelist, kam der jüdische Ratsherr Nikodemus zu Jesus um mit ihm darüber zu sprechen, wie man das Reich Gottes erlangen könne. Jesus sagte ihm: „Ich sage dir, wenn jemand nicht von oben geboren wird, kann er das Reich Gottes nicht sehen“. Und auf die Erwiderung des Nikodemus: „Wie kann ein Mensch noch geboren werden, wenn er schon alt ist?“, antwortete Jesus: „Ich sage dir, wenn jemand nicht aus Wasser und Geist geboren wird, so kann er nicht in das Reich Gottes eingehen“. Was wir also brauchen, ist ein neuer Geist, ist Begeisterung, um die Familien, die Erziehungseinrichtungen, die Strukturen, die Politik mit Leben zu füllen.



Mit den
besten Wünschen
aus Kaufering
Ihr Hubert Gindert



Raymund Fobes:

Im Dienst am Menschen – gedrängt von der Liebe Christi

„Immer wieder erzählen mir die Bischöfe, zuletzt aus Afrika, bei ihren Ad-Limina-Besuchen dankbar von der Großherzigkeit der deutschen Katholiken und beauftragen mich, diesen Dank weiterzugeben, was ich hiermit einmal öffentlich tun möchte. Dann und wann aber sagt ein afrikanischer Bischof zu mir: ‚Wenn ich in Deutschland soziale Projekte vorlege, finde ich sofort offene Türen. Aber wenn ich mit einem Evangelisierungsprojekt komme, stoße ich eher auf Zurückhaltung.‘ Offenbar herrscht da bei manchen die Meinung, die sozialen Projekte müsse man mit höchster Dringlichkeit voranbringen; die Dinge mit Gott oder gar mit dem katholischen Glauben seien doch eher partikulär und nicht so vordringlich. Und doch ist es gerade die Erfahrung dieser Bischöfe, dass die Evangelisierung vorausgehen muss; dass der Gott Jesu Christi bekannt, geglaubt, geliebt werden, die Herzen umkehren muss, damit

auch die sozialen Dinge vorangehen; damit Versöhnung werde ... Das Soziale und das Evangelium sind einfach nicht zu trennen. Wo wir den Menschen nur Kenntnisse bringen, Fertigkeiten, technisches Können und Gerät, bringen wir zu wenig. ... Man geht so nur immer weiter fort von der Versöhnung, vom gemeinsamen Einsatz für die Gerechtigkeit und die Liebe. Die Maßstäbe, nach denen Technik in den Dienst des Rechts und der Liebe tritt, gehen dann verloren, aber auf diese Maßstäbe kommt alles an: Maßstäbe, die nicht nur Theorien sind, sondern das Herz erleuchten und so den Verstand und das Tun auf den rechten Weg bringen.“

Dies ist eine wichtige Botschaft, die uns Papst Benedikt XVI. während der heiligen Messe in München bei seinem Deutschlandbesuch 2006 ans Herz gelegt hat – und der Heilige Vater hat hier auch den Finger auf eine Wunde gelegt, die leider seit

Jahren in der deutschen katholischen Kirche klafft: die Wahrnehmung – aber auch mitunter Selbstdarstellung – der Kirche als in erster Linie sozialer Institution. Natürlich ist der Dienst am Nächsten wichtig, aber er darf nie getrennt werden von der Beziehung zu Gott.

Wert und Würde des Menschen

Der Kongress „Freude am Glauben“ hat sich in diesem Jahr dieses wichtige Anliegen, das der Heilige Vater 2006 ausgesprochen hat, zu Herzen genommen. Unter dem Motto „Die Sorge der Kirche für den Menschen“ wurde deutlich, wie wahre Diakonie geschieht. Der Kongress, der vom 9. bis zum 11. September in Karlsruhe stattfand, behandelte damit umfassend eines der für das Christentum zentralsten Themen schlechthin, nämlich die „Liebe“ — und zwar in ihrer zweifachen Funktion als Got-



Sr. Anneliese Mader OSVvP: „Begleitet von Menschen/Im Vertrauen auf Gott – Erfahrungen mit der Hospizbewegung“



Prof. P. Dr. Karl Wallner OCist
„Was die Welt im Innersten zusammenhält: die Liebe“



Pontifikalmesse zur Eröffnung
 Stadtpfarrkirche St. Bernhard, Karlsruhe
 Zelebrant: **S. Exz. Erzbischof Robert Zollitsch**



Öffentliche Kundgebung der Initiative
 „Deutschland pro Papa e.V.“
 Prof. Dr. Werner Münch, Ministerpräsident a. D.

tes- und Nächstenliebe. Zudem wurde deutlich, dass diese Liebe, die Gott schenkt und die wir ihm demzufolge schulden und an die Mitmenschen weitergeben sollen, auch zur Würde des Menschen hinführt. Diese Würde des Menschen ist eben darin begründet, dass der Mensch Würde vor Gott hat.

Sehr prägnant brachte dies beim Kongress Schwester Anneliese Mader in ihrem Referat auf den Punkt. Die Vinzentinerin, die sich unermüdlich in der Hospizarbeit und der Pflege sowie Seelsorge von kranken und sterbenden Menschen engagiert, erinnerte an ihren Ordensvater, den heiligen Vinzenz von Paul. Er betonte, dass in der karitativen Sorge um den Menschen nicht nur der Leib, sondern auch die Seele und damit die Beziehung zu Gott wichtig sind. Wie dies konkret geschieht und welche wertvollen Früchte ein solches Handeln bringt, machte Schwester Anneliese eindrucksvoll in ihrem Referat deutlich. Gerade das Handeln in der Christusnachfolge führt dazu, den anderen Menschen – besonders auch den Schwerkranken – als

wertvolle Persönlichkeit anzusehen, die bis zum Lebensende ihre Würde hat. Diese Haltung fordert auch dazu heraus, die Wünsche des Kranken zu sehen und zu respektieren. Und Schwester Anneliese machte schließlich darauf aufmerksam, dass viele Schwerkranke den Wunsch nach der Eucharistie in der Krankenkommunion und der Krankensalbung haben. Dass Gott bei und mit den Kranken ist, dass er sie stärkt, ist für viele Menschen wichtig.

Wie wichtig und wertvoll diese Gottesbeziehung für ein gelingendes Leben ist, machte auch Prof. P. Dr. Karl Wallner in seinem Referat deutlich, dem ersten der Akademie. Der Zisterzienser im Stift Heiligenkreuz und Leiter der ordenseigenen Hochschule regte durch den mit vielen persönlichen Erfahrungen bereicherten Vortrag sehr zur Glaubensfreude an. Sein guter Rat: immer das Ganze zu erfassen, ein Anliegen, das auch im Zentrum der Verkündigung des Heiligen Vaters steht. Eine innerweltliche Welterklärung indessen sei im Grunde wie ein Betonsarg. Hier werde nämlich das Wesentliche aus-

geklammert. Und um dieses Wesentliche geht es. In Anlehnung an ein Zitat des großen schlesischen Dichters Angelus Silesius sagte Prof. Wallner: „Christ, werde wesentlich!“ Aber dieses Wesentliche geht verloren, wenn man sich an den allbekanntesten kirchlichen Reizthemen wie etwa dem Zölibat abarbeitet. Viel wichtiger sei zu zeigen, dass die Freude des Christen eine wirklich begründete ist. Und aus vielen Erfahrungen konnte P. Karl sagen: Die Menschen suchen nach dieser endgültigen Freude. Leider seien viele auf den Irrweg der Esoterik gelangt. Der Zisterzienserpater bat aufgrund dieser Situation auch nachdrücklich die Laien als Mitglieder des Gottesvolkes darum, die Priester bei der Aufgabe der Verkündigung der christlichen Frohbotschaft zu unterstützen.

Die Gottesbeziehung gibt dem Leben Erfüllung

Die Glaubensfreude weiterzugeben war auch das Anliegen, das im Zentrum der Predigt von Erzbi-



Inge M. Hugenschmidt-Thürkauf
 Theaterstück: „Ein Feuer, das brennt –
 Madame Curie und Dorothee von Flüe“



Jugendmesse Pfarrkirche Unserer Lieben Frau
 Zelebrant: S. Exz. Weihbischof Andreas Laun
 Musikalische Gestaltung: Jugend 2000 Freiburg



Öffentliche Kundgebung der Initiative
„Deutschland pro Papa e.V.“
Michael Hesemann



schof Robert Zollitsch beim Eröffnungsgottesdienst in der Pfarrkirche St. Bernhard stand. Der Freiburger Oberhirte und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz stellte heraus, dass wir gerufen sind, uns in unserem Tun in den Dienst Gottes zu stellen. Immer und überall gehe es darum, sich an Jesus Christus auszurichten – auch im gegenseitigen Dialog, der zudem in Einheit mit dem Heiligen Vater geschehen müsse. Erzbischof Zollitsch machte deutlich, dass man früher zu viel über Strukturen und Versorgung gesprochen habe. Notwendig sei aber, dass die Kirche die Menschen für Christus begeistere. Und auch wenn es dem Christen nicht darum gehen soll, den Glauben deswegen zu praktizieren, weil er etwas bringt, sondern es vielmehr darum geht, Gott zu dienen, gibt letztlich diese Bereitschaft zum Dienst, wahre Erfüllung.

Wie sehr die Beziehung zu Jesus Christus wirkliche Erfüllung gibt, machte die Schauspielerin und Dichterin Inge M. Hugenschmidt-Thürkauf, Ehefrau des verstorbenen Physikers Max Thürkauf, in dem von ihr

verfassten Theaterstück „Ein Feuer, das brennt“ deutlich. Im Zentrum des sehr tiefgehenden Werks standen die Frauen Marie Curie, Naturwissenschaftlerin und Atheistin, und Dorothee von Flüe, die tieffromme Ehefrau des heiligen Einsiedlers und Schweizer Nationalheiligen Bruder Klaus. Als Erfinderin des Radiums, das schlussendlich die Atombombe ermöglichte, macht sich in dem Schauspiel Marie Curie große Vorwürfe. Andererseits ist sie begeistert von der Naturwissenschaft und ihren Entdeckungen. Den Glauben an Gott indessen hat sie verloren – auch aufgrund mancher schwerer Schicksalsschläge wie etwa dem frühen Unfalltod des Ehegatten. Dorothee von der Flüe antwortet der in sich zerrissenen Atheistin einfühlsam, indem sie ihre Erfahrungen mit dem lebendigen Gott weitergibt. Sie berichtet auch davon, dass Gott ihr schwere Prüfungen nicht erspart hat – vor allem, dass ihr geliebter Ehemann in die Einsamkeit fortgegangen ist, um sich ganz und gar dem Leben mit Gott zu widmen. Aber am Ende siegt bei Dorothee von Flüe doch das „Ja“

zum Willen Gottes. Sie weiß, dass ihr Ehegatte Recht hatte mit seinem Gebet, das er auch seine Ehefrau lehrte: „Mein Herr und mein Gott, nimm alles von mich hindert zu dir – mein Herr und mein Gott, gib alles mir, was mich fördert zu dir – mein Herr und mein Gott, mach mich ganz zueigen dir.“

Bekenntnis zum Heiligen Vater

Es ist nicht zuletzt auch der Wille Gottes, dass wir uns in unserem Handeln an der Botschaft der Kirche und an den Worten des Lehramts orientieren. Ein ganz bewusstes „Ja“ zu Papst Benedikt XVI. demonstrierte der Kongress durch die Teilnahme an der Kundgebung „pro Papa“, bei der der Historiker, Buchautor und Journalist Michael Hesemann, der frühere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Prof. Dr. Werner Münch und der Salzburger Weihbischof Andreas Laun sprachen. Deutlich wurde, dass Papst Benedikt XVI. wirklich ein Segen für die Kirche ist, weil er die Menschen zu Gott und damit zu ihrer



Dr. Christiane Peregger, Domherr Christoph Casetti, Consuelo Gräfin Ballestrem, Waltraut Sennewald, Paul Fadung
Podiumsgespräch: „Probleme in der Familie – Lösungswege im Licht der Liebe Christi“



Domherr Christoph Casetti, Consuelo Gräfin Ballestrem



Die CDs der Vorträge und Podien des Kongresses „Freude am Glauben“ 2011 sind erhältlich bei:

AK-Medienapostolat e.V.,
Rheinstr. 25, 76661 Philippsburg,
Tel.: 0177/4120771
e-Mail: bestellung@ak-medienapostolat.de



Lichterprozession zur Pfarrkirche Unserer Lieben Frau; mit Marienweihe; Leitung und Ansprache: **S. Exz. Weihbischof Andreas Laun**

wahren Bestimmung führt im Widerstand gegen den Zeitgeist.

Der Ruf zur Vergebung

Weihbischof Andreas Laun feierte auch eine heilige Messe mit der am Kongress teilnehmenden Jugend in der Pfarrkirche „Unserer lieben Frau“. In seiner Predigt sprach er über das Thema Versöhnung und Feindesliebe und gab den jugendlichen Teilnehmern zwei ganz konkrete Tipps, wie man sich gegenüber Mitmenschen verhalten soll, mit denen man Probleme, oder gegen die man vielleicht eine Abneigung hat. Man solle für sie beten und ihnen Gutes tun. Das brauche zwar viel Geduld und gelinge auch nicht immer – aber es sei trotzdem der beste Weg und auch im Sinne des Evangeliums.

Das Thema Versöhnung und Vergebung kam auch bei einem Podiumsgespräch zum Tragen, bei der es um Probleme von Frauen und Männern in der Situation einer Trennung oder Scheidung vom Ehepartner ging. Neben Bischofsvikar Chris-

toph Casetti aus Chur, der seit vielen Jahren intensiv in der Begleitung von Menschen in diesen Situationen tätig ist und hier Wege aufzeigt, wie Heilung aus dem Glauben an Jesus Christus möglich ist, diskutierten betroffene Eheleute. Sie berichteten beeindruckend davon, wie sie trotz tiefer Verletzungen die Liebe Christi erfahren konnten und sich auch innerlich mit dem getrennten Ehepartner versöhnen konnten. Alle waren sie sich allerdings auch einig, dass die von der Kirche geforderte Unauflöslichkeit der Ehe der richtige Weg ist. Und es wurde auch in den Statements deutlich, dass dieses Bewusstsein, also das Fühlen mit der Kirche, umso mehr wuchs, je mehr man sich von Jesu Liebe ergreifen ließ und sich auf sie einließ. Dabei spielten Gebet und Eucharistiefeier eine große Rolle.

Dieser Bedeutung von Gebet und Eucharistie für das christliche Leben trug auch der Kongress wie in jedem Jahr Rechnung. Neben den Feiern des heiligen Messopfers, davon eine im außerordentlichen Ritus, fand eine Lichterprozession durch das

Stadtviertel nahe der Kongresshalle statt mit anschließender Marienweihe.

Den Abschlussgottesdienst hielt der Präfekt des päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen Kardinal Kurt Koch. Mehr als 1000 Gläubige besuchten diese heilige Messe in der Kirche St. Bernhard, und wie jeder andere Gottesdienst war auch diese Eucharistiefeier Stärkung für den Dienst am Reich Gottes und Grundlage dafür, in rechter Weise sensibel zu werden für die Sorge am Menschen.

Abschließend darf wieder einmal mehr Dank für den bereichernden Kongress in Karlsruhe gesagt werden, der von vielen Helfern, die wirklich zur Ehre Gottes und zum Segen der Menschen gearbeitet haben, hervorragend gestaltet worden war. Diesem selbstlosen Einsatz gilt ein ganz aufrichtiges „Vergelt's Gott.“ □

Der nächste Kongress „Freude am Glauben“ findet vom 14. bis 16. September 2012 in Aschaffenburg statt.



Stadtpfarrkirche St. Bernhard: Hl. Messe in der außerordentlichen Form des römischen Ritus; Zelebrant: **Pater Axel Maußen FSSP**



Pontifikalamt zum Abschluss Stadtpfarrkirche St. Bernhard; Zelebrant: **S. Em. Kurt Kardinal Koch**

Ehe und Gemeinwohl

Warum die katholische Eheauffassung plausibel ist – Teil 1



Prof. Dr. Manfred Spieker,
Osnabrück

Geboren am 4. April 1943 in München, verheiratet, sechs Kinder
Studium der Politikwissenschaft, der Philosophie und der Geschichte
Promotion zum Dr. phil.
Habilitation an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln
Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Fakultät für Katholische Theologie der Universität Osnabrück
Gastprofessor an den Universitäten Valparaiso/Chile, der Universität Gabriela Mistral in Santiago de Chile, der Universität Vilnius/Litauen.
Vertreter des Hl. Stuhles im Lenkungsausschuss für Sozialpolitik des Europarates und bei den Ministerkonferenzen
Präsident der Association Internationale pour l'Enseignement Social Chrétien.
Zahlreiche Veröffentlichungen

Die Ehe ist das Fundament der Familie und die Familie das Fundament der Gesellschaft. Das wussten nicht nur die Väter und Mütter des Grundgesetzes, die Ehe und Familie in Artikel 6 als Grundrecht unter den besonderen Schutz des Staates stellten, das wussten die Menschen zu allen Zeiten und in allen Kulturen. Die Ehe ist ein Treubund eines Mannes und einer Frau, die sich einander in gegenseitiger Hingabe schenken. Natürliche Finalität der Ehe ist die Familie. Ehe und Familie sind ein Pfeiler des Gemeinwohls. Für die Christen steht die Ehe unter dem Segen des Schöpfers. Sie ist ein Sakrament, Zeichen und Werkzeug der göttlichen Gnade. Vieles davon scheint im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in Vergessenheit geraten zu sein. Politik, aber auch Wirtschaft und Gesellschaft sind eheblind geworden.

■ Das eheblinde Jahrzehnt

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts ist das Jahrzehnt, in dem die schon in den 60er Jahren beginnende Schwächung der Ehekultur durch den Gesetzgeber und das Bundesverfassungsgericht in geradezu zerstörerischer Weise festgeschrieben wird. Die Reihe der jüngeren legislativen und judikativen Angriffe auf die Ehe beginnt mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz vom 16. Februar 2001. Unter dem Vorwand, die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften beenden zu wollen, verabschiedet der Bundestag mit seiner rot-grünen Mehrheit ein Gesetz, das die Rechtsstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften weitgehend an die der Ehe angleicht. Das Gesetz lehnt sich in den symbolischen, öf-

fentlichen und rechtsverbindlichen Akten an die familienrechtlichen Regelungen des BGB an: Die eingetragene Lebenspartnerschaft kann auf dem Standesamt begründet werden. Die Partner haben die Möglichkeit, einen gemeinsamen Namen zu führen. Zu den Angehörigen des jeweiligen Partners wird ein Verwandtschaftsverhältnis begründet. Die Partnerschaft wird vor dem Familiengericht aufgehoben.

Durch ein weiteres Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts vom 15. Dezember 2004 werden die Lebenspartnerschaften im Hinblick auf das eheliche Güterrecht, das Unterhaltsrecht, die Aufhebungsvoraussetzungen, die Stiefkindadoption, den Versorgungsausgleich und die Hinterbliebenen-Versorgung noch mehr an das Eherecht angeglichen. In der Öffentlichkeit wird die eingetragene Lebenspartnerschaft schlicht „Homo-Ehe“ genannt.

Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet das Lebenspartnerschaftsgesetz in seinem Urteil vom 17. Juli 2002 als grundgesetzkonform: „Die Einführung des neuen Instituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare und seine rechtliche Ausgestaltung verstoßen weder gegen die in Art. 6 Abs. 1 GG gewährleistete Eheschließungsfreiheit noch gegen die dort normierte Institutsgarantie. Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist auch mit Art. 6 Abs. 1 GG in seiner Eigenschaft als wertentscheidende Grundsatznorm vereinbar“.¹ Die Feststellung, dass das Gesetz nicht gegen die Eheschließungsfreiheit verstoße, scheint eher ein Ablenkungsmanöver des Gerichts zu sein, weil dies gar niemand behauptet hatte. Wohl aber war der Einwand erhoben worden, dass



Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Berlin, dort sind auch Entscheidungen gefallen, die den Lebensschutz vermindert haben.

■ Der 7. Familienbericht der Bundesregierung: „Serielle Monogamie“

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit und den Kirchen verabschiedet sich auch der 7. Familienbericht der Bundesregierung von der Ehe. „Die Mehrheit der Menschen“, heißt es in diesem Bericht, den die christdemokratische Familienministerin Ursula von der Leyen im April 2006 der Öffentlichkeit übergibt, werde „in Zukunft, unabhängig davon, ob eine Heirat erfolgte oder nicht, im Laufe ihres Lebens multiple Beziehungen mit verschiedenen Lebenspartnern erfahren. Der Wechsel von einem Modell der lebenslangen Ehe zu einem Modell der ‚seriellen Monogamie‘ repräsentiert eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft“.⁷ In der dem Bericht beigegebenen Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Bericht findet sich keine Kritik, geschweige denn eine Distanzierung von dieser Behauptung. Das „Gender-Mainstreaming“, eine radikale Gleichstellungspolitik, die auf die natürlichen Differenzen zwischen den Geschlechtern keine Rücksicht nehmen zu müssen glaubt, wird für die Politik wichtiger als der vom Grundgesetz geforderte besondere Schutz von Ehe und Familie.

Gesetze, Gerichtsurteile und der 7. Familienbericht der Bundesregierung sind freilich nicht wie ein Sommergewitter über das Land gefallen. Sie entsprechen allesamt jenem Zeitgeist, den Josef Isensee hinter dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009 sieht. Die Schwächung der Ehekultur beginnt mehr als eine Generation zuvor. Die Verbreitung der hormonalen Empfängnisverhütung durch die Pille in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hebt die Verbindung von Sexualität und Weitergabe des Lebens auf und leistet der Illusion Vorschub, die Zeugung neuen Lebens nun vollständig im Griff zu haben. Die Legalisierung der Abtreibung in zahlreichen Staaten Anfang der 70er Jahre ist ihre logische Folge. Die Zeugung neuen Lebens ist nicht mehr die Frucht gegenseitiger Hin-

es Ungleiches gleich behandle und damit gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße, der eben das verbiete. In Minderheitenvoten kritisieren die Richter Papier und Haas sowohl das Urteil als auch das Gesetz. Der Gesetzgeber habe, so Papier, „wenn auch unter einem anderen Namen eine ... Partnerschaft zwischen zwei gleichgeschlechtlichen Personen“ geschaffen, die „in Rechten und Pflichten der Ehe entspricht“ und hierdurch Art. 6 Abs. 1 GG missachtet.²

Der zweite Senat errichtet mit einem Kammerbeschluss vom 6. Mai 2008 zwar einen schwachen Damm gegen die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe.³ Er lehnt die Verfassungsbeschwerde eines Beamten ab, der den Familienzuschlag verheirateter Beamter auch für Lebenspartner verlangt. Aber der erste Senat reißt diesen Damm mit seinem Urteil vom 7. Juli 2009 zur Frage der Ausweitung der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung auf eingetragene Lebenspartner wieder ein. Er beruft sich auf den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG: „Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ... ist mit Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar“.⁴ Christian Hillgruber wirft dem Bundesverfassungsgericht vor, mit dieser „eigenmächtigen ‚Ergänzung‘“ das verfassungsrechtli-

che Versprechen, der Ehe besonderen Schutz angedeihen zu lassen, „endgültig aufgehoben“ zu haben,⁵ und Josef Isensee nennt dieses Urteil in der Tagespost vom 27. Oktober 2009 „ein grobes Fehlurteil ..., in dem die Richter nicht der Verfassung, sondern dem Zeitgeist folgten“. Das Bundesverfassungsgericht lässt sich auf seinem verhängnisvollen Weg jedoch nicht irritieren. Mit seinem Beschluss vom 21. Juli 2010 bezeichnet es auch die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetz als verfassungswidrig. Sie sei mit dem allgemeinen Gleichheitssatz in Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar.⁶

Entsprechend den Gesetzen von 2001 und 2004 und den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts von 2002, 2009 und 2010 sind die Landesgesetzgeber nun dabei, die Angleichung der Lebenspartnerschaft an die Ehe im jeweiligen Landesrecht fest zu schreiben. In der Regel wird dabei in allen Gesetzen, in denen von Ehepartnern die Rede ist, einfach das Wort „Lebenspartner“ hinzugefügt. Selbst die christdemokratischen Parteien CDU und CSU folgen diesem Trend. Sie vereinbarten in ihrem Koalitionsvertrag mit der FDP am 26. Oktober 2009, „die familien- und ehebezogenen Regelungen über Bezahlung, Versorgung und Beihilfe auf Lebenspartner (zu) übertragen“.

gabe, sondern das Produkt von Planung. Die assistierte Reproduktion, die 1978 in England zur Geburt des ersten im Labor erzeugten Menschen führt, ist eine weitere logische Folge. Diese Entwicklungen tragen nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der Ehe bei. Reformen des Scheidungs- und Unterhaltsrechts, des Kindschafts- und Sorgerechts beschleunigen die Schwächung der Ehekultur. Die Ehe gilt als Produkt menschlicher Übereinkunft. Sie wird in einem Vertrag besiegelt, der im Zweifel auch gleich noch die Auflösungsfolgen regelt. Ihre Verbindlichkeit erreicht häufig nicht einmal mehr die eines Vertrages, da sie im Unterschied zu einem Vertrag jederzeit der Kündigung unterliegt.⁸ Das ehelose Zusammenleben von Mann und Frau wird gleichzeitig zu einer allseits üblichen und akzeptierten Erscheinung und trägt dazu bei, auch den Begriff der Familie zu verändern. Nicht mehr die Ehe von Mann und Frau, die auf Kinder angelegt ist, steht im Zentrum des Familienbegriffs, sondern die „Verantwortungsgemeinschaft“, die alle umfasst, die für Kinder sorgen. Mithin gelten Alleinerziehende, ehelos Zusammenlebende, Patchwork-Familien und gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kindern ebenfalls als Familie. Für Dieter Schwab ist „der Traum des 19. Jahrhunderts von der Familie als der Gegenspielerin des Staates, als Bereich einer weithin staatsfreien, von der Sitte geprägten Zone, als Puffer zwischen Individuum und Staat ... ausgeträumt“.⁹ Die Familie verliert an Autonomie und wird „zunehmend zum Gegenstand staatlicher Einmischung“.¹⁰

■ Der Rückgang der Geburten

Eine der Folgen der Schwächung von Ehe und Familie wird von der Politik noch im eheblinden Jahrzehnt bemerkt und zunächst lautstark diskutiert: der Rückgang der Geburten. Er beginnt zwar schon Mitte der 60er Jahre und führt 1972 zum ersten Mal zu einem Geburtendefizit, das seitdem ununterbrochen anhält. Aber erst Mitte der 90er Jahre wird er mit



Art. 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Art. 6

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
- (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
- (3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
- (4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
- (5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Schlagworten wie „Schrumpfende Gesellschaft“, „Demographische Zeitenwende“ oder „Ausgefallene Generation“ zum Thema der Wissenschaft. Die absehbare Schrumpfung der Bevölkerung löst ein Erschrecken aus, weil sie den Generationenvertrag und damit die Stabilität der Altersversicherung in Frage stellt. Wenn sich der Alterslastquotient, also der Anteil der über 65jährigen im Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren, in den nächsten 40 Jahren mehr als verdoppelt, werden die Beiträge zur Altersversicherung so steigen, dass ein Generationenkonflikt unausweichlich scheint. Die allmähliche Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 mildert das Problem, löst es aber nicht. Der Rückgang der Geburten und die Vergreisung der Gesellschaft haben nicht nur für die Stabilität der Altersversicherung schwerwiegende Folgen. Sie verändern auch die Bedingungen für die Kranken- und Pflegeversicherung. Sie schwächen das Innovationspotential in Wirtschaft und Wissenschaft und belasten den Arbeitsmarkt. Die familienpolitischen Maßnahmen, die den Geburtenrückgang aufhalten sollen, erhalten so unter der Hand einen ganz neuen Akzent. Sie haben weniger Ehe und Familie zu schützen als vielmehr das weibliche Arbeitskräftereservoir zu erschließen. Angesichts einer schrumpfenden und immer älter werdenden Bevölkerung, so die Vorsitzende der Bertelsmann-Stiftung, Liz Mohn 2006, könne es sich unsere Wirtschaft nicht erlauben, auf das hohe Leistungs- und Kreativpotential gut ausgebildeter Frauen zu verzichten.¹¹

Die erste Bundesregierung Merkel bekennt sich denn auch 2006 zu einem „Paradigmenwechsel“ in der Familienpolitik, der sich an der „Erwerbsintegration von Frauen“ und am Ausbau einer „Infrastruktur für Bildung und Betreuung“ orientiert.¹² Das Elterngeldgesetz vom 5. Dezember 2006 und das Kinderförderungsgesetz vom 10. Dezember 2008 sind die Konsequenzen aus diesem Paradigmenwechsel. Diese Gesetze sind primär Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, nicht solche der Familienpolitik. Ersteres diskriminiert die

nicht erwerbstätigen Mütter, die nach der Geburt eines Kindes nur noch 12 statt wie zuvor 24 Monate den Betrag von 300.- Euro erhalten, und privilegiert die erwerbstätigen Mütter, die Anspruch auf ein Elterngeld in Höhe von 67% des vor der Geburt verfügbaren Nettoeinkommens bis zu einer Höchstgrenze von 1800.- Euro im Monat haben. Die nicht erwerbstätigen Mütter haben mithin durch die Halbierung der Bezugsdauer das Elterngeld der erwerbstätigen Mütter mit zu finanzieren.

Nicht weniger Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit enthält das Kinderförderungsgesetz. Es sieht den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen auf 750.000 Plätze vor. Somit soll für rund zwei Drittel der Ein- und

rund 650.000 – der größte Geburtenrückgang und bei etwa 835.000 Sterbefällen zugleich das größte Geburtendefizit in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Fruchtbarkeitsrate schwankt zwischen 1,3 und 1,4. Deutlich gestiegen ist in den vergangenen Jahren dagegen die Quote der erwerbstätigen Mütter, wenngleich der Gender-Datenreport des Familienministeriums weiterhin beklagt, dass die Verantwortung für ein Kind in Deutschland die Erwerbsbeteiligung von Frauen gravierender einträchtige als in vielen anderen OECD-Staaten. Der Focus der Familienpolitik ist in Deutschland also vorrangig nicht auf ein Ende des Geburtenrückganges, sondern auf die Erwerbstätigkeit der Frau gerichtet. Als erstes Hindernis einer höheren Erwerbstätigkeit der Frau gelten



Mit ihrer Forderung Kinder möglichst früh in die Krippe und Frauen an den außerhäuslichen Arbeitsplatz ist Ursula von der Leyen zur Begründerin der „Neuen Familienpolitik“ geworden

Zweijährigen eine außerhäusliche Betreuung angeboten werden, geht man davon aus, dass die Kinder in den ersten zwölf Monaten zu Hause betreut werden. Die vom Familienministerium immer wieder angegebene Betreuungsquote von 35% wäre nur dann korrekt, wenn auch die Kinder im ersten Lebensjahr einbezogen werden, was aber wiederum der Intention des Elterngeldgesetzes widerspricht. Die Dauerkontroverse um das minimale und ohnehin erst für 2013 projektierte Betreuungsgeld von 150.- Euro für Mütter, die ihre Kinder zu Hause erziehen, verstärkt den Eindruck, als solle die Erziehung der Kleinkinder aus der Familie in öffentliche Einrichtungen verlagert werden.¹³ Bis 2009 sind Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Geburtenrate nicht erkennbar: 2007 werden 684.862 Kinder geboren, 2008 682.514 und 2009 nur noch

die fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Prioritäten der Betroffenen zeigen jedoch seit Jahren, dass die Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder unter den Bedingungen, die erfüllt sein sollen, um die Bereitschaft zu Kindern zu wecken, weit hinten rangieren. Während 92% der 18- bis 44-jährigen nach einer Allensbacher Untersuchung 2004 den Konsens im Hinblick auf den Kinderwunsch und 84% die Stabilität der Beziehung für entscheidend halten, steht die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen mit 25% abgeschlagen nur an 9. Stelle von insgesamt 14 Bedingungen. Das Statistische Bundesamt kommt im Mikrozensus 2008 ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Elternschaft in einem sehr hohen Ausmaß „an die Sicherheit gebunden (ist), die der Bund der Ehe mit sich bringt“.¹⁴ Die Stärkung der Ehekultur, der Ehefähigkeit der Hei-

ratswilligen und der Stabilitätsbedingungen der Ehe wären deshalb eine viel wichtigere und logischere Konsequenz aus dem Erschrecken über den Geburtenrückgang als der Ausbau der Kindertagesstätten.

■ Scheidungselend

Die Schwächung der Ehekultur hat über den Rückgang der Geburten hinaus noch eine ganze Reihe anderer Folgen, zunächst für die Eheleute selbst, dann für die Kinder und nicht zuletzt für die Gesellschaft. Sie führt zu einer drastischen Erhöhung der Scheidungsrate. Beträgt diese Rate, d.h. das Verhältnis der Scheidungen zur Zahl der Eheschließungen 1965 in Deutschland noch 12%, so steigt sie über 30% im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung 1991, auf über 55% 2003. Im Jahr 2008 liegt sie knapp über 50%. Den 377.055 Eheschließungen stehen 191.948 Scheidungen gegenüber. Aber die Explosion der Scheidungsrate in den vergangenen 20 Jahren ist historisch beispiellos. In den USA zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Die Folgen für die Betroffenen sind gravierend, werden aber nicht selten vernied-

licht. In der familiensoziologischen und -psychologischen Forschung wird gelegentlich für eine „Entdramatisierung“ von Scheidungen plädiert, die „nicht als einzelnes Ereignis, sondern als ... Übergang in einer Reihe familialer Übergänge zu definieren“ seien. Die Belastungen für das Leben der Betroffenen liegen jedoch auf der Hand. Die Scheidungsforschung der 90er Jahre zeige, so unterstreicht selbst der 7. Familienbericht der Bundesregierung, dass sich bei Geschiedenen im Vergleich mit Verheirateten „ein niedrigeres Niveau psychischen Wohlbefindens“ feststellen lässt, „das u. a. in vermindertem Glücksgefühl, vermehrten Symptomen psychischer Belastung wie Depressionen und psychosomatischen Beschwerden und einem eher negativen Selbstkonzept zum Ausdruck kommt. Geschiedene Personen haben zudem mehr gesundheitliche Probleme und ein erhöhtes Risiko der Sterblichkeit ... Auch Alkohol- und Drogenmissbrauch treten verstärkt auf. Bei Geschiedenen zeigen sich zudem verstärkt Variablen, die als Mediatoren der langfristigen Auswirkungen einer Scheidung betrachtet werden können, wie z. B. soziale Isolation, weniger befriedi-

gende sexuelle Beziehungen und das vermehrte Auftreten negativer Lebensereignisse. Geschiedene haben einen niedrigeren Lebensstandard und leiden unter größeren ökonomischen Belastungen als Verheiratete. Letzteres gilt insbesondere für geschiedene Frauen.“¹⁵

Kinder zerbrochener Familien unterliegen selbst einem wesentlich höheren Risiko, in Armut aufzuwachsen, die Schule ohne Abschluss zu verlassen, im Erwachsenenalter Schwierigkeiten in langfristigen Beziehungen und in der Ehe zu haben, selbst geschieden zu werden, unter psychischen Erkrankungen und Delinquenz zu leiden und als Mädchen eine Frühschwangerschaft zu erfahren. Das Scheidungsrisiko von Kindern geschiedener Eltern liegt um 80% über dem von Kindern verheirateter Eltern. In den meisten Fällen bringt die Wiederverheiratung eines Elternteils, wie amerikanische Untersuchungen zeigen, den Scheidungskindern keine Hilfe. Die mit Stiefeltern lebenden Kinder verzeichnen die gleichen Schulabbrecherquoten, Delinquenzraten und Frühschwangerschaften wie die Kinder, die nach einer Scheidung im Haushalt eines



Sitz des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe

allein bleibenden Elternteils aufwachsen.¹⁶ Kinder leiden unter der Schwächung der Ehekultur aber nicht nur als Scheidungs- und Stiefkinder. Auch bei ehelos zusammenlebenden Paaren sind Kinder vermehrt Belastungen ausgesetzt. Etwa 50% dieser Kinder erleben nach Studien in den USA, wo die Zerstörung der Ehekultur bei den Afro-Amerikanern besonders signifikant ist, den Abbruch der Beziehungen der Eltern bis zum 5. Lebensjahr, während die Vergleichsziffer für eheliche Kinder bei 15% liegt. Rund 37% der unehelich geborenen Kinder und 31% der Scheidungskinder beenden in den USA die schulische Ausbildung nicht, während die Vergleichsziffer für die Kinder verheirateter Eltern bei 13% liegt.¹⁷ Frauen in ehelos zusammenlebenden Partnerschaften werden dreimal häufiger Opfer von Gewalt ihrer Partner (13%) als verheiratete Frauen (4%).¹⁸

Für die Gesellschaft hat der Zusammenbruch der Ehekultur ebenfalls schwerwiegende Folgen. Die jährlich rund 200.000 Scheidungskinder und die ebenfalls rund 200.000 unehelich geborenen, oft bei allein erziehenden Müttern aufwachsenden Kinder in Deutschland bedeuten ein erhebliches Armutsrisiko. Der Anstieg der Kinderarmut ist zwar ein in Medien und Politik häufig erörtertes The-

ma. Aber meist wird vermieden, auf die Hauptursache hinzuweisen: die Schwächung der Ehekultur. Während von den in einer Ehe aufwachsenden Kindern 2004 etwa 3% Sozialhilfe beziehen, sind es von den Kindern der Alleinerziehenden über 27%. Eine Debatte über die Hauptursache würde schnell deutlich machen, dass das Problem mit Geld nicht zu lösen ist, dass es vielmehr großer Anstrengungen zur Stärkung der Ehekultur bedürfte. Um das Armutsrisiko und all die anderen Risiken, die Kinder und Jugendliche geschiedener oder nicht verheirateter Eltern auf ihrem Lebensweg erwarten, zu mildern, hat die Gesellschaft einen hohen, nicht nur finanziellen, Preis zu zahlen. Die Ausgaben für Sozialleistungen, Unterhaltsvorschuss, Bildungs- und Erziehungshilfen, Drogen- und Gewaltprävention wachsen exorbitant. Der Ausbau der Kindertagesstätten ist nicht nur eine Konsequenz des Bedarfs an weiblichen Arbeitskräften, sondern auch der Schwächung der Ehekultur. Ein flächendeckendes Netz von Schulpsychologen soll dann dafür sorgen, die Belastungen von Scheidungskindern aufzufangen, die Aggressivität der Problemschüler und ihre Anfälligkeit für körperliche und seelische Störungen abzubauen und ihre Selbstsicherheit, ihre Sozialkompetenz sowie ihre Lebens-

freude zu stärken. Für jeweils 5000 Schüler wird ein Schulpsychologe gefordert.¹⁹ Die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, in denen auch die Quoten der Scheidungen und der unehelichen Geburten am höchsten sind, kommen dieser Relation schon recht nahe. Amerikanische Untersuchungen zeigen, dass der Anstieg der Kriminalitätsrate eng mit dem Zusammenbruch der Ehekultur zusammenhängt.²⁰ Neben erhöhten Staatsausgaben für Sozialleistungen hat die Zerstörung der Ehekultur auch vermehrte Eingriffe der Justiz in das Familienleben bzw. die Eltern-Kind-Beziehungen zur Folge. Zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen, zur Regelung des Sorge- und Besuchsrechts bei zerbrochenen Familien oder auseinander gehenden Paaren mit Kindern werden die Gerichte bemüht. Der Ruf nach dem Staat führt zu einem Eindringen der öffentlichen Gewalt in die privat abgeschirmte Sphäre, mithin „à la longue zu einer Vergesellschaftung der familialen Gemeinschaft“.²¹ Das Gemeinwohl zahlt für den Niedergang einer stabilen Ehekultur einen hohen Preis.

Fortsetzung folgt

Vortrag beim 10. Kongress „Freude am Glauben“ am 28. August 2010 in Fulda

¹ BVerfGE 105, S. 313 (hier 342).

² BVerfGE 105, S. 313 (hier 358).

³ 2 BvR 1830/06

⁴ 1 BvR 1164/07 Erster Leitsatz.

⁵ Christian Hillgruber, Anmerkung zu BVerfG, 1 BvR 1164/07 vom 7.7.2009, in Juristenzeitung 1/2010, S. 41.

⁶ 1 BvR 611/07, 1 BvR 2464/07.

⁷ Familie zw. Flexibilität u. Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, 7. Fam.bericht, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/1360, S. 126.

⁸ Robert P. George, What's Sex Got to Do with It? Marriage, Morality, and Rationality, in: Robert P. George und Jean Bethke Elshtain, Hrsg., The Meaning of Marriage. Family, State, Market, and Morals, Dallas 2006, S. 144.

⁹ Dieter Schwab, Familie und Staat, in: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 54. Jg. (2007), S. 7. Gekürzte Fassung unter dem Titel „Ausgeträumt“ in: FAZ vom 23.11.2006.

¹⁰ A. a. O., S. 4.

¹¹ Liz Mohn, Suche nach der Balance. Vereinbarkeit von Beruf und Familie schafft ein stabiles Zukunftsmodell, in: FAZ vom 12.4.2006, Verlagsbeilage Familie und Beruf, S. B2. Die Bertelsmann-Stiftung hat erheblichen Einfluss auf die Familienpolitik jedweder Bundesregierung und auf die Instrumentalisierung der Familienpolitik für den Arbeitsmarkt.

¹² Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Familienbericht, in: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, a. a. O., S. XXIV.

¹³ Vgl. Manfred Spieker, Verstaatlichung der Erziehung? Anmerkungen zur Krippenpolitik, Kirche und Gesellschaft 350, Köln 2008.

¹⁴ Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008, Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Dtl., Wiesbaden 2009, S. 34.

¹⁵ Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, a. a. O., S. 116ff.

¹⁶ Witherspoon Institute, Marriage and the Common Good. Ten Principles, Princeton 2006, deutsch: Ehe und Gemeinwohl. Zehn Leitlinien, in: Neue Ordnung, 63. Jg., Sonderheft August 2009, S. 32. Vgl. auch Richard Layard, Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können, 2. Aufl. Frankfurt 2009, S. 75.

¹⁷ A. a. O., S. 23.

¹⁸ A. a. O., S. 33.

¹⁹ Rainer Dollase u.a., Situation der Schulpsychologie in Deutschland und in Niedersachsen im internationalen Vergleich, Gutachten, Februar 2010 in: GEW Niedersachsen, online, 12.2.2010.

²⁰ Witherspoon Institute, a. a. O., S.30.

²¹ Udo di Fabio, Der Schutz von Ehe und Familie: Verfassungsentscheidung für die vitale Gesellschaft, in: Neue Juristische Wochenschrift, 2003, S. 994.

Reformer und Wegbereiter in der Kirche:

Hildegard Burjan 1883 - 1933

Die Kirche verfügt über einen großen Schatz von Persönlichkeiten, die mit hohem Einsatz für die Verwirklichung der Lehren Christi eingetreten sind. Leider sind viele dieser Vorbilder den Predigern, Religionslehrern und Journalisten unbekannt, so dass sie Kenntnisse über diesen Personenkreis nicht weiter vermitteln können.

Eine dieser Persönlichkeiten ist Frau Dr. Hildegard Burjan. Sie wurde 1883 als zweite Tochter der jüdischen Kaufmannsfamilie Abraham Adolph Freund in Görlitz geboren. Sie wuchs völlig religionslos auf. Das hochbegabte Mädchen legte 1903 in Basel die Reifeprüfung mit Auszeichnung ab. In Zürich und Berlin studierte sie Germanistik sowie Nationalökonomie und Sozialpolitik. 1907 heiratete sie in Berlin den jüdischen Ingenieur Alexander Burjan.

Schon an der Universität Zürich hatte sie bei dem Pädagogen Friedrich Wilhelm Förster und bei dem Philosophen Robert Saitschik Vorlesungen gehört. Dort erwachte in ihr das Interesse an religiösen Themen. Kaum hatte sie 1908 das Studium mit der Promotion abgeschlossen, als sie mit einer schweren Nierenerkrankung das St. Hedwigskrankenhaus in Berlin aufsuchen musste. Ihr Fall schien hoffnungslos. Da geschah plötzlich das Wunder ihrer Heilung. Das war am Ostersonntag 1909. Bald darauf wurde sie katholisch. Mit großen Erwartungen siedelte das Ehepaar Burjan noch im gleichen Jahr in das damals katholisch geprägte Wien über. Dort wurde ihnen das erste Kind geboren. Die jungen Eheleute hatten das Kind zunächst mit großer Freude

erwartet. Doch die Ärzte stellten bald ein hohes Risiko fest und rieten zu einer Abtreibung. Das kam jedoch für die tapfere junge Frau nicht in Frage. Sie kämpfte um ihr Kind und betete. Sie war bereit, ihr eigenes Leben zu riskieren. Um so dankbarer konnten die Eltern schließlich für die Geburt einer gesunden Tochter sein. Kurz darauf wurde auch Hildegard Bur-



jans Mann katholisch. Im Jahr 1910 begann ihre überaus fruchtbare Sozialarbeit im Dienste der notleidenden Menschen.

Der Hunger während des Ersten Weltkriegs und noch mehr die chaotischen Zustände nach dem Krieg erweckten das Mitleid von Frau Burjan. Sie organisierte Lebensmittelpenden, vermittelte Arbeitsplätze und richtete Bildungskurse ein. 1919 zog Frau Dr. Burjan als erste und einzige christliche Abgeordnete der Christlichsozia-

len Partei in den Nationalrat der Republik Österreich ein. Der Schutz von Müttern und Kleinkindern, die Errichtung von landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Schulen und die Schaffung von weiblichen Referentenstellen in den Ministerien standen auf ihrer Agenda. Da sie bald erkannte, dass die verschiedenen Arbeitsfelder ihre Kräfte überstiegen, gründete sie die Schwesterngemeinschaft Caritas Socialis. Mit Hilfe dieser Schwestern organisierte sie die Obdachlosenhilfe sowie eine Krankenfürsorge und einen Mittagstisch für Bedürftige. Am 11. Juni 1933 waren ihre Kräfte im Dienste ihrer Mitmenschen aufgezehrt. Vor ihrem Sterben sagte sie: „Mein Sterben ist ein einziges großes Deo Gratias. Ich finde nichts, was ich fürchten könnte.“

Inzwischen ist für Frau Dr. Hildegard Burjan der Seligsprechungsprozess eingeleitet. Es ist zu hoffen, dass Österreich und die Welt bald ein neues kirchlich anerkanntes Vorbild bekommen. □

Fels Nr. 8/9 Jahrg. 2011 – Berichtigung

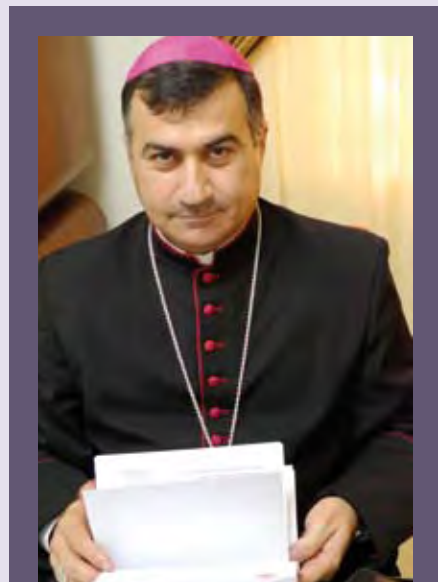
Im letzten Fels schrieb Eduard Werner im Nachruf auf Otto von Habsburg u.a. „Während des Krieges erreichte Otto von Habsburg durch Gespräche in Washington, dass Österreich nicht bombardiert wurde.“

Es muss richtig heißen: „Während des Krieges erreichte Otto von Habsburg durch Gespräche in Washington, dass Österreich von amerikanischen Bombardierungen teilweise verschont blieb.“ (Stephan Baier, Tagespost)

Diese Menschen sind Märtyrer des Alltags

*Zur Lage der Christen im Irak / Informationsoffensive in Europa /
Wachsendes Unbehagen gegenüber dem Islam*

Ein erstaunliches Phänomen ist zu beobachten: Während in der Bevölkerung das Unbehagen gegenüber dem Islam wächst – die Wahlerfolge islamkritischer Parteien in Europa sind da nur die Spitze vieler Eisberge – nimmt auch die geistige Polarisierung in Sachen Islam deutlich zu. Es ist, als ob das



*Fängt die Flüchtlinge auf:
Bashir Warda, Bischof von Erbil
im Norden des Irak.*

Thema Islam sich langsam wie ein Ölfleck in der geistigen Landschaft Europas ausbreite. Selbst die Politik beginnt, sich auf das Phänomen einzustellen, allerdings in sehr unterschiedlicher Weise.

Da gibt es zunächst einen Relativismus gegenüber dem Islam. Er zeigt sich darin, dass Persönlichkeiten aus dem politisch-medialen Establishment aber auch in den Kir-

chen Partei ergreifen für einen Islam, der nur in ihren europäischen Köpfen spukt, aber mit der Wirklichkeit in islamischen Ländern wenig zu tun hat. So klagt der frühere CDU-Politiker und langjährige Vizechef des eher bürgerlichen Burda-Verlages, Jürgen Todenhöfer, in seinem neuen Buch all jene an, die es wagen, im Islam nicht nur Freundliches zu sehen. „Feindbild Islam“ heißt das Buch. Auch in der katholischen Publizistik erscheinen neuerdings Verteidigungsreden für einen Islam, den es früher in der K.u.K.-Monarchie der Habsburger gegeben haben mag, etwa in Bosnien, den es so heute aber kaum noch gibt. Das Traurige ist, dass solche Publikationen die Verwirrung auch unter den Katholiken vergrößern. Und vollends verwirrend wird es, wenn ein Weihbischof meint, man könne in den katholischen Kirchen für Moscheebauten sammeln. Der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke rief in der Tat die Christen dazu auf, die Eröffnung solcher Bauten symbolisch zu unterstützen. „Ich halte es für vorstellbar, dass Christen den Muslimen zur Eröffnung einer neuen Moschee ein Geschenk machen – als Zeichen der Sympathie, der guten Nachbarschaft und der religiösen Verbundenheit“, sagte der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für den interreligiösen Dialog der Tageszeitung „Die Welt“.

In diesem Zusammenhang ist eine Initiative bemerkenswert. Das katholische Hilfswerk päpstlichen Rechts „Kirche in Not“ will mit sachlichen Informationen zur Wahrheitsfindung beitragen. Es hat sich offenbar vorgenommen, zwei oder dreimal im Jahr authentische Zeugen aus islamischen Ländern nach Europa zu bringen und in Politik

und Medien jene, die guten Willens sind, über die Lage der Christen in diesen Ländern aufzuklären. Das Interesse an diesen Informationen ist groß, und es wächst, weil die Medien auch nicht in der Lage sind, über den Alltag der Christen, über ihr normales Leben zu berichten. Journalisten können nicht überall sein,



*Emil Shimona Nona, Bischof
von Mossul, der gefährlichsten
Stadt im Irak.*

sie können nicht ständig den Alltag beobachten. Wenn sie überhaupt in der Region leben, dann in den Hauptstädten, und dort beobachten sie die Politik und die nationalen Medien, die meistens staatlich gelenkt sind. Ein Hilfswerk wie „Kirche in Not“ dagegen verwirklicht Projekte mit den Pfarrern, Schwestern und Bischöfen, es steht über die Infrastruktur der Kirche in ständigem Austausch mit den Christen bis

in die entlegendsten Gebiete. Diese Christen vor Ort können authentisch berichten.

Den Auftakt für die neue Informationsoffensive gaben Anfang September zwei Bischöfe aus dem Irak. Sie besuchten das Europa-Parlament und die EU-Kommission in Brüssel. Der Erzbischof von Erbil im Norden des Irak, Bashar Matti Warda, und der Erzbischof der mit Rom unierten Kirche der Chaldäischen Katholiken in Mossul, der für die Christen derzeit gefährlichsten Stadt im Zweistromland, Emil Nona, wiesen bei diesen Begegnungen darauf hin, dass nicht nur Christen, sondern auch andere Minderheiten bedroht seien. Manche Minderheiten seien de facto ausgestorben oder in alle Welt zerstreut, zum Beispiel die Yazidis oder auch die Sabatäer. Auch die Zahl der Christen sei erheblich gesunken, von 1,4 Millionen im Jahre 1987 auf heute 300.000. Das sind gerade mal drei Prozent der Bevölkerung. Seit dem Ende des zweiten Irak-Krieges 2003 seien mehr als 2000 Christen getötet worden, Ende Februar 2010 seien 870 Familien aus Mossul vertrieben worden, 40 Prozent der irakischen Flüchtlinge im Ausland seien Christen, fast die Hälfte aller Flüchtlinge in Syrien ebenso. Solche Zahlen sind auch in internationalen Statistiken zu finden. Aber folgende Aussagen nicht: „Unsere rechtliche Situation ist äußerst prekär, weil Artikel drei der Verfassung dem islamischen Recht der Scharia den Primat einräumt. Kein Gesetz darf gegen die Scharia verstoßen. Unsere Frauen haben Angst und können ohne Schleier nicht auf die Straße“. Es gebe zwar das „Recht auf Beten, aber keine Religionsfreiheit“. Man lasse die Christen in ihren Kirchen beten, aber sie dürften keine Konversionswillige in ihre Gemeinde aufnehmen. Überhaupt machten sie sich schuldig, wenn ein Muslim den Glauben wechseln wolle. Nicht selten komme es vor, dass ein muslimischer Nachbar seinen christlichen Nachbarn auffordere, Hab und Gut zu verlassen und zu gehen. Bleibe er, riskiere er sein Leben und das seiner Familie. Deshalb ist verständlich, dass Christen nur noch in christlichen Gebieten und Dörfern leben wollen. Die irakische Regierung schützt die Christen nicht und

kann es auch kaum tun. Denn in den Regionen fern von Bagdad ist ihre Autorität gleich null und in Bagdad selbst sind die Stadtteile nach religiösen Grenzen aufgeteilt.

„Wenn wir keine politische Antwort auf die Verfolgung der Christen in islamischen Ländern finden, dann erfüllen wir genau die Ziele der Al Kaida“. Mit diesen Worten gab der italienische Europa-Abgeordnete Mario Mauro dem Gefühl nicht weniger Kollegen im Europa-Parlament Ausdruck. Die Antwort könne nur sein, die Grundrechte der Christen, einschließlich der Religionsfreiheit zu fordern und den Christen konkret bei der Bewältigung des Alltags zu helfen. Mauro kennt die Situation. Er war öfters im Irak. Andere Abgeordnete hörten zum ers-

Denn diese Christen sind Märtyrer des Alltags“.

Was kann man tun, damit die Christen bleiben? Unter diesen Umständen seien Bildungsangebote der einzige Weg für die Christen, im Irak zu einer künftig freiheitlichen und humaneren Gesellschaft beizutragen. Deshalb wolle man auch Schulen errichten. Nur über die Bildung lasse sich eine neue Kultur mit Religionsfreiheit aufbauen. Das eröffne zudem Perspektiven für die jungen Leute. Das sei außerdem bei vielen Muslimen durchaus erwünscht, weil die christlichen Schulen wegen ihrer hohen Qualitätsstandards einen guten Ruf hätten. Auch die Regierung würde, so die beiden Bischöfe, christliche Schulen durchaus willkommen heißen. Die inhaltliche Kontrolle der



Spitzenbegegnung in Brüssel: Die zwei Bischöfe mit dem EU-Präsidenten van Rompuy (Mitte)

ten Mal, wie die Christen leben und überleben, dass es gefährlich ist, zu Fuß in die Messe zu gehen. Hecken schützen bedrohen die Kirchgänger. Dennoch kommen sie sonntags in den Gottesdienst – „schon um ihren Hirten nicht allein zu lassen“, wie Erzbischof Nano aus Mossul sagt. „Sie kommen bei Sturm und Gefahr. In Europa braucht es Jahre, bis jemand heiliggesprochen wird. Bei uns braucht es nur eine Kugel.

Lehrprogramme hielte sich in Grenzen. Man könne eigene Bücher benutzen. Das sei auch notwendig. Denn in den offiziellen Geschichtsbüchern zum Beispiel fehle jeder Hinweis auf die christliche Präsenz im Zweistromland, die bekanntermaßen älter sei als die des Islam. Das Christentum hat viele Jahrhunderte lang die Kultur im Irak geprägt. Allerdings fehlen den Christen die Mittel, um neue Schulen zu bauen.

Das Anliegen der Bischöfe stieß bei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und auch in der Kommission der Europäischen Union auf reges Interesse. Man werde es wohlwollend und im Rahmen der Kriterien der EU prüfen. Dankbar zeigten sich vor allem die christdemokratischen Abgeordneten über die nüchternen und faktenreichen Antworten, die die beiden Bischöfe während mehrerer Begegnungen auf die Fragen der Politiker gaben. Dabei stellte sich heraus, dass die Christen ein verbindendes Element der irakischen Gesellschaft seien, wie der polnische Abgeordnete Jan Olbrycht sagte. Die Hilfe für die bedrängten Christen sei, so Olbrycht, deshalb auch ein „Beitrag zur Versöhnung und zu einem dauerhaften Frieden in diesen Ländern und somit eine politische Antwort auf den Fanatismus der gewalttätigen Islamisten“.

Ein Höhepunkt der Visite war, dass der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, trotz der schwierigen aktuellen Umstände durch die Finanz- und Wirtschaftskrise es sich nicht nehmen lassen wollte, die beiden Bischöfe zu empfangen. Allein diese Tatsache zeigt das gestiegene Interesse. Van Rompuy ist praktizierender Katholik, aber in der Kommission gibt es einige praktizierende Katholiken, die gern auf den Unterschied zwischen persönlicher Überzeugung und amtlicher Neutralitätspflicht verweisen. Nicht so van Rompuy. Er fragte nach den Lebensumständen der Familien, der Frauen, nach der Religionsfreiheit, nach den Prognosen für die Zukunft, nach dem Schutz der Flüchtlinge und wie er oder die EU helfen könnte. Viel wäre schon gewonnen, wenn er die Christdemokraten unter den Staatschefs auf das Schicksal der Christen in islamischen Ländern aufmerksam machen würde. Vielleicht spürt er auch das Unbehagen, das sich in der Bevölkerung breitmacht. Ohne politische Initiativen wird die geistige Polarisierung irgendwann in einen Konflikt münden. Denn, so die Botschaft der beiden Bischöfe an die Europäer, „wenn der Islam als gesellschaftliche Kraft stärker wird, dann wird er auch radikaler“. □

Frankreich, die älteste Tochter der Kirche, ist das größte Land Westeuropas. Es gilt als katholisches Land. Von den rund 62 Millionen Einwohnern sind knapp 80 Prozent katholisch, also rund 50 Millionen. 14 Prozent davon sind praktizierend. Es gehen also fast doppelt so viele Katholiken sonntags in die Messe wie in Deutschland (27 Millionen Katholiken, 13 Prozent praktizierend). Sieben Millionen sind Muslime, daneben gibt es kleinere Gruppen von Protestanten und Juden. Relativ hoch ist der Prozentsatz der Konfessionslosen. Der französische Staat fühlt sich zu religiöser Neutralität verpflichtet und legt daher großen Wert auf eine strikte Trennung von Staat und Kirche. Da es keine Kirchensteuer gibt, sind die französischen Religionsgemeinschaften auf Spenden angewiesen. An staatlichen Schulen darf kein Religionsunterricht erteilt werden. Das geschieht allerdings auf privaten Schulen, die in der Regel einen guten, ja besseren Ruf haben als die staatlichen. Selbst viele Linkspolitiker schicken ihre Kinder lieber auf eine katholische Schule als auf eine staatliche.

Die französische Revolution brachte die erste Zäsur im Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Das Kirchengut wurde verstaatlicht, nicht-

karitative Orden wurden aufgehoben, der Klerus musste einen Eid auf die sogenannte „Zivilkonstitution“ schwören bzw. erlitt das Los der Verfolgung, der Verbannung oder des Todes. Während der Schreckensherrschaft der Jahre 1793/94 wurde das Christentum offiziell abgeschafft. Auch nach der napoleonischen Epoche und dem Wiener Kongreß blieben antiklerikale und liberale Kräfte einflußreich. Zugleich kam es zu ersten Aufbrüchen. Jean-Marie Vianney, der hl. Pfarrer von Ars, und viele andere Seelsorger bemühten sich darum, Menschen zum Christentum zurückzuführen. Es kam zu Neugründungen von Ordensgemeinschaften. In Lourdes erschien 1858 die Gottesmutter, woraufhin eine Wallfahrtsbewegung einsetzte. Frankreich stellte der katholischen Weltmission im 19. Jahrhundert die meisten Missionarinnen und Missionare zur Verfügung.

In der Zeit nach 1875 verschlechterte sich das Klima erneut zuungunsten der Kirche. Vor allem die katholischen Schulen und einige Ordensgemeinschaften wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Zur endgültigen Trennung von Staat und Kirche kam es in den Jahren 1901 bis 1905. Das Vereinsgesetz von 1901 richtete sich wiederum gegen die Orden, so dass diese in der Folgezeit zahlreiche Niederlassungen schlie-



Jürgen Liminski:

Frankreich ist reich an geistlichen Aufbrüchen

Antwort auf Entchristlichung und Kirchenfeindlichkeit

Ben mussten. 1905 kündigte der Staat das napoleonische Konkordat von 1801 auf und stellte auch die finanziellen Zuwendungen an die Kirche ein, die damit ärmer, aber zugleich unabhängiger wurde.

Wichtige pastorale Erfahrungen – positive wie negative – sammelte die französische Kirche seit dem Zweiten Weltkrieg, als Geistliche begannen, in die Fabriken zu gehen, um dort als „Arbeiterpriester“ zu wirken. Französische Theologen waren es auch, die wesentliche theologische Vorarbeiten für das Zweite Vatikanische Konzil geleistet haben. Erwähnt seien nur der Jesuit Henri de Lubac und der Dominikaner Yves Congar, die sich an der Heiligen Schrift und an den Kirchenvätern orientierten und so dafür sorgten, dass die moderne Theologie nicht ohne Fundament blieb.

Die Zäsur der politischen Kräfte in Frankreich zeigt sich auch in der

Polarisierung der Kirche. Die französische Kirche hat Bischöfe wie Marcel Lefebvre und Jacques Gaillet hervorgebracht, die für ganz unterschiedliche theologische Positionen stehen, letzterer übrigens ein Zögling der Salesianerschule von St-Dizier (Champagne). In Frankreich ist die ökumenische Mönchsgemeinschaft von Taizé beheimatet, die auf die Verständigung unter den christlichen Konfessionen setzt und gerade bei jungen Menschen auf eine große Resonanz stößt. Wie kennt aber auch die Vereinigung Golias, eine Gesellschaft von liberalen und eher antirömischen Priestern.

Ein großes Problem ist der gravierende Priestermangel. Schon seit den 50er Jahren geht der Nachwuchs für die geistlichen Berufe zurück. Angesichts der Tatsache, dass die Säkularisierung in Frankreich nicht nur ein städtisches, sondern auch ein ländliches Phänomen ist, wiegt es um so

schwerer, wenn ein Seelsorger für fünf oder gar zehn und mehr Landpfarreien zuständig ist. Aber neben der Überlastung der Priester ist ihre Armut ein Beweis für die Berufung. Frankreichs Priester sind in der Tat arm. Diese Armut aber beflügelt die geistliche Kraft, ja sie ist vielleicht neben der geistigen Polarisierung ein Hauptgrund für die spirituelle Kraft in Frankreich.

Wo die Not groß ist, wächst auch die Gnade und setzt Kräfte frei, die sonst womöglich unentdeckt geblieben wären. Ohne das Engagement der Laien fiel es der französischen Kirche schwer, ihren Auftrag zu erfüllen. Und nicht umsonst haben viele neue geistliche Bewegungen hier ihren Anfang genommen. Bei religiösen Großereignissen wie dem Papstbesuch 1996 anlässlich des 1500jährigen Jubiläums der Taufe des Frankenherrschers Chlodwig oder dem Weltjugendtag 1997 wurde



Jubel und Andacht vor dem Allerheiligsten: Die Flaggen sind immer dabei. In diesem Fall die bretonische, die französische und die brasilianische.

Junge Menschen begleiten: Ein Pater der Gemeinschaft Saint Jean mit Jugendlichen beim Weltjugendtag in Madrid.



deutlich, dass die katholische Kirche – ohne Macht und ohne Privilegien – in Frankreich noch eine wichtige Rolle spielt.

Auch bei der französischen Jugend schreitet die geistliche Polarisierung fort. Nach einer Umfrage des größten Demoskopie-Institut des Landes (Insee) über die religiöse Praxis der Franzosen sind es unter den jungen Franzosen (15 bis 25 Jahre) 40 Prozent, bei den 25 bis 39jährigen auch überdurchschnittlich viele, nämlich 35 Prozent, denen jede Religion fremd ist und die jeder Religion gegenüber auch fremd bleiben wollen. Dagegen steigt auch die Zahl derjenigen, die sich zur regelmäßigen Ausübung ihrer Religion bekennen. Vor gut zehn Jahren waren es 13 Prozent, heute sind es 16 Prozent. Das soziale Milieu spielt keine Rolle, diese Zahlen gelten durchweg für nahezu alle sozialen Schichten. Dagegen ist für die Glaubenspraxis junger Menschen von erheblicher Bedeutung, ob die Eltern praktizierende Gläubige sind/waren oder nicht. 42 Prozent der jungen, praktizierenden Gläubigen erklären, dass ihre Eltern ebenfalls praktizierten und dieses Beispiel sie geprägt habe. Das gelte vor allem für den Vater. Von den religiös

Gleichgültigen und Desinteressierten dagegen erklärten 85 Prozent, dass ihre Mutter ebenfalls nicht gläubig gewesen sei.

Wollte man aus diesen Zahlen eine Linie in die Zukunft der Gesellschaft nicht nur in Frankreich ziehen, könnte man dreierlei feststellen und prognostizieren: Zum einen, dass der Glaube vorwiegend in Familien tradiert wird, in denen er auch gelebt wird. Zum zweiten, dass es vor allem diese Familien und Gläubigen sind, die aufgrund ihrer Überzeugungen und des daraus resultierenden sozialen Engagements das Gespür für Solidarität in der Gesellschaft wach halten. Und zum dritten, dass der Glaube immer bewußter gelebt wird.

Gerade dieses Bewusstsein ist es, dass die Aufbrüche ermöglicht. Auf dem Weltjugendtag in Madrid war diese Begeisterung zu beobachten. In der Pfarrei „Nuestra Senora del Pilar“ waren Franzosen untergebracht. Sie kamen mit ihren Fahnen und Rucksäcken in die Kirche, beteten andächtig bei der Heiligen Messe. und danach wurden die Bänke beiseite und zusammen geschoben – schon um der Menge Platz zu schaffen – und gesungen. Die Kir-

che bebte. Ähnlich sah es auf dem Feld bei dem Treffen mit dem Papst aus. Die Gruppe aus Frankreich war nach den Spaniern die größte. Betreut wurde sie vorwiegend von den jungen Priestern der Gemeinschaft Saint Jean, die in wenigen Jahrzehnten auf fünfhundert Priester anwuchs – davon mehr als die Hälfte aus Frankreich – und nun in vielen Ländern, vor allem in Afrika, aber auch in Australien, tätig ist.

Neben der Gemeinschaft von Saint Jean lassen sich eine ganze Reihe von geistlichen Bewegungen aufzählen, die ihren Ursprung in Frankreich haben und mittlerweile über Europa verbreitet und auch in anderen Kontinenten präsent sind. Es sind vor allem charismatische Bewegungen, etwa Chemin neuf (Neuer Weg). Letztere entstand 1973 in Lyon aus einer Gebetsgruppe mit ökumenischer Berufung. Sie zählt heute mehr als 600-1000 Mitglieder in 18 Ländern Europas und Afrikas. Angegliedert ist ein Bund Chemin Neuf, er umfasst ungefähr 6000 Christen in der ganzen Welt. Die siebziger Jahre waren besonders fruchtbar, wohl als Reaktion auf die 68er-Bewegung und die Arbeiterpriester. 1973 entstand auch die Gemeinschaft der Seligprei-

Die Freimaurer – Feinde der Kirche

Michel Viot ist katholischer Priester. Er ist konvertiert und war vorher protestantischer Pastor. Seine Erfahrungen hat er in einem Buch festgehalten mit dem Titel: „Von Luther zu Benedikt XVI. – Der Weg eines ehemaligen Freimaurers“. Abgesehen davon, dass Michel Viot die Lutheraner nicht schmäht (wie das der Konvertit, Protestant und Publizist A. Brummer gegenüber den Katholiken tut), beschreibt

er eindringlich das Verhältnis der katholischen Kirche zu den Freimaurern. Im laizistischen Frankreich ist dieses Verhältnis doch sehr gespannt, zumal es sich inhaltlich nicht geändert hat. Nach wie vor gilt: Wer katholisch ist, kann kein Freimaurer sein. Daran hat 1983 der damalige Präfekt der Glaubenskongregation, Josef Kardinal Ratzinger, erinnert - mit ausdrücklicher Zustimmung von Papst Johannes Paul II. Deshalb

hatte Michel Viot auch im Jahr 2000 die Große Loge der Nation verlassen. Das Verbot geht zurück auf die Enzyklika von Leo XIII., *Humanum Genus* aus dem Jahr 1884. Aber die erste Verdammung der Freimaurer datiert aus dem Jahr 1738 in einer Bulle (*In eminenti*), in der Clemens XII. die Freimaurer exkommuniziert. Hauptgrund ist der religiöse Relativismus, der alle Religionen auf die gleiche Stufe stellt.

sungen. Sie wurde von Ephraim und Josette Croissant und einem anderen jungen Ehepaar zunächst unter dem Namen „Gemeinschaft der Löwe von Juda und das Geopferte Lamm“ gegründet. Seit 1987 wurden Häuser mit dem Namen „Seligpreisungen“ ins Leben gerufen und gegründet. 1991 beschloss man, sich nunmehr offiziell „Gemeinschaft der Seligpreisungen“ zu nennen.

Zur gleichen Zeit entstand auch die Gemeinschaft Emmanuel. 1972 machten in Paris der Filmkritiker Pierre Goursat (1914-1991) und die junge Ärztin Martine Lafitte-Catta (damals noch Medizinstudentin) die Erfahrung des Anrufs Gottes, sie spüren die Ausgießung des Heiligen Geistes und beginnen damit, eine Gebetsgruppe zu leiten, die innerhalb eines Jahres auf 500 Personen anwächst. In den folgenden zwei Jahren entstehen die ersten zusammenwohnenden Hausgemeinschaften. Sie übernehmen die tägliche Nachtanbetung in einem Kloster. 1975 finden erste offene Treffen in Paray-le-Monial statt, die folgenden zwei Jahre werden erste Gemeinschaftswochenenden gehalten. 1982 werden die Statuten der Gemeinschaft von Kardinal

Lustiger anerkannt, und die Gemeinschaft breitet sich auch in andere Länder aus. 1984 findet das erste Gemeinschaftswochenende in Deutschland in Trier statt. 1988 erkennt Kardinal Wetter die Statuten der Gemeinschaft für die Erzdiözese München-Freising an. 1991 zählt man weltweit 4000 Mitglieder; neben dem Ursprungsland Frankreich auch in Belgien, den Niederlanden, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal, Österreich, Großbritannien, der Tschechei, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Polen, Slowenien, Kanada, Peru und einigen Ländern Afrikas und Asiens. 1993 gib es allein in Deutschland 350 Mitglieder mit Schwerpunkten in München, Würzburg und Frankfurt. Nachdem der Päpstliche Rat für Laien 1992 die Bewegung vorläufig anerkannte, erhielt sie 1998 die „definitive Approbation als Internationale, Private Vereinigung von Gläubigen päpstlichen Rechts.“

In diesen und anderen Bewegungen ist das Gemeinschaftserlebnis durch Singen und andächtige Liturgie wirkmächtig. Sie legen besonderen Wert auf eine gute Vorbereitung für die christliche Ehe, ähnlich der Schönstatt-Bewegung, und auf ei-

ne geistliche Begleitung und Fortbildung, um im (zunehmend anti-christlichen) Alltag bestehen zu können. Sie haben ihr eigenes Charisma, man kann sie aber als Antwort des Heiligen Geistes auf die zunehmende Entchristlichung oder auch Kirchenfeindlichkeit sehen. Diese Antwort, ermöglicht durch die geistige und geistliche Polarisierung in Frankreich, enthält auch eine hoffnungsvolle Botschaft für die Nachbarländer. Überall da, wo diese Polarisierung zu spüren ist, muss es nicht gleich zu Gründungen von Bewegungen kommen, aber doch zu einem Bewusstseinswandel. Der dürfte verstärkt werden durch den wachsenden Druck des Islam in der Öffentlichkeit. Den Menschen, die nachdenken, stellen sich heute alte Fragen neu: Es sind die Fragen nach der Identität, nach dem Selbstverständnis, nach der Zukunft, nach dem Sinn des Lebens. Das kann auch in Deutschland geschehen. Wichtig wäre, dass man jenseits der Strukturfragen sich stärker der Familienpastoral widmet. Denn, so schrieb der selige Johannes Paul II. und das zeigen die Beispiele in Frankreich, „die Familie ist der Weg der Kirche“. □

Aus diesem Geist nährten sich manche Revolutionäre und Lai-zisten, die Anfang des 20. Jahrhunderts die strikte Trennung von Kirche und Staat durchsetzen und auf diesen Relativismus berufen sich auch heute noch die meisten Freimaurer-Logen. Er hat maßgeblich zur geistigen Polarisierung zwischen Gläubigen und Kirchenfeinden beigetragen. Das zeigt auch eine jüngere Nummer der Wochen-

zeitschrift Valeurs Actuelles vom August dieses Jahres (siehe Foto). Die Prinzipien der Freimaurer, schrieb Kardinal Ratzinger 1983, „sind nach wie vor unvereinbar mit der Lehre der Kirche“ und die Gläubigen, die einer Loge angehören, befinden sich „im Stand der Todsünde“. Daran hat sich nichts geändert.



Das Gebetstreffen richtig verstehen

Am 27. Oktober 2011 jährt sich zum 25. Mal das Gebetstreffen für den Frieden in der Welt, das Papst Johannes Paul II. 1986 einberufen hat. Das diesjährige Treffen hat das Thema „Pilger der Wahrheit, Pilger des Friedens“. Es steht im Zeichen der „Reflexion, des Gesprächs, des Dialogs und des Gebetes“. Seit 1986 sind weltweit neue Ereignisse eingetreten. Mit der Wende von 1989/90 und dem Zusammenbruch des Kommunismus sind die Länder der Erde wirtschaftlich und politisch in engeren Kontakt gekommen (Globalisierung). Die Wander-

lichen Gemeinschaften und die Vertreter der übrigen Religionen von neuem ein glaubwürdiges Zeugnis für den Frieden und die Gerechtigkeit in der Welt von heute geben. „Auch, wenn der interreligiöse Dialog nicht die Einheit bringen kann, sondern nur die Achtung, das gegenseitige Verständnis und die solidarische Zusammenarbeit am Aufbau einer friedlichen und gerechten Welt fördert, so steht und fällt er mit konkreten Schritten der Versöhnung, mit dem Bewusstsein, dass Frieden nur entstehen kann, wo nicht Hass und Gewalt, sondern nur Übereinkunft

täglichen Lebens, dann den Dialog in der Arbeit, gemeint ist die Zusammenarbeit zur Förderung einer umfassenden Entwicklung des Menschen, weiter den theologischen Dialog, wenn er möglich ist, darunter ist die Offenheit für das gegenseitige religiöse Erbe zu verstehen, schließlich den Dialog der religiösen Erfahrung, um die spirituellen Reichtümer zu teilen.

Der 27. Oktober in Assisi schließt Zeiten des Gebetes, verstanden als Dialog jedes Gläubigen mit Gott oder dem höchsten Wesen ein, wobei jeder nach seiner eigenen Glaubenstradition in die Suche nach Wahrheit eintritt.



Assisi, Stadt des hl. Franziskus, Ort des Gebetstreffens für den Frieden in der Welt am 27. Oktober 2011

bewegungen und Migrantenströme von Menschen verschiedener Kulturen und Religionsgemeinschaften haben zugenommen. Gewalt- und Terrorakte haben inzwischen nicht nachgelassen. Papst Benedikt XVI. hält es für entscheidend, dass die verschiedenen Kirchen und christ-

und friedliche Zusammenarbeit den Weg für die Zukunft vorbereiten“.

Kardinal Jean-Louis Tauran, Präsident des päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog, nennt vier Beweggründe für einen Dialog: Den Dialog des Lebens, d.h. die Gemeinschaft in der Freude und in den Prüfungen des

Der Präsident des päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog präzisiert, was darunter zu verstehen sei. „Der Dialog ist keine Unterhaltung zwischen den Verantwortlichen für die Religion oder zwischen den Gläubigen der verschiedenen Religionen. Er ist keine Verhandlung

„diplomatischer“ Art. Er ist nicht von politischen und sozialen Interessen geleitet. Er versucht nicht Unterschiede zu unterstreichen oder zu beheben. Er will auch keine Weltreligion schaffen, die von allen akzeptiert wird. Er wird auch nicht von persönlicher Initiative befördert und er arbeitet auch nicht mit doppeldeutigen Begriffen oder Worten. Der wahre Dialog ist ein Raum für das gegenseitige Zeugnis unter Gläubigen, die verschiedenen Religionen angehören, um mehr und besser die Religion der anderen und deren ethische Verhaltensweisen kennen zu lernen. Dieser Dialog erlaubt zugleich irrige Vorstellungen zu korrigieren und Vorurteile und Stereotypen über Personen und Gemeinschaften zu überwinden. Es handelt sich darum, den anderen so kennen zu lernen, wie er ist und wie er das Recht hat, als solcher erkannt zu sein. Dank der direkten und objektiven Kenntnis des anderen wachsen der Respekt, die gegenseitige Achtung und das Verständnis, das Vertrauen und die Freundschaft.“

„... in eine tiefe Begegnung mit Christus eintritt, eröffnet sich ihm ein weiterer Raum für den Dialog ...“

Werden die Kritiker von Assisi solche Überlegungen bedenken? Die schärfste Ablehnung des Gebetstreffens von Assisi kommt aus der Anhängerschaft der Priesterbruderschaft St. Pius X. Ich zitiere eine solche Stimme, die sich gegenüber der Person des seligen Papstes Johannes Paul II. bündelt:

„Der bedauerlichste und theologisch betrachtet gravierendste Fehltritt, der nicht nur traditionstreue Christen schockierte oder zumindest irritierte, bestand im Assisi-Treffen; ein himmelschreiender Skandal ‚ein Gräueltat an heiliger Stätte‘. Wie kann man ein Treffen mit Personen veranstalten, die erklärte Feinde unseres Herrn Jesus Christus sind? Und wie kann man dieser unseligen Tat erneut in feierlicher Weise gedenken wollen? Ich gestatte mir, Msgr. Lefèbre zu zitieren (27.11.1988):

„Warum gab es Missionare? Warum wurden so viele gequält, niedergemetzelt? Sie predigten, dass unser

den, dass ihre Religion gut ist. Sie sollen ihre Religion erhalten, behalten, um gute Buddhisten, Mohammedaner oder auch Heiden zu sein. Aus diesem Grund können wir nicht einer Meinung mit ihnen (der Konzilskirche) sein. Wir gehorchen unserem Herrn, der zu den Aposteln gesagt hat: Gehet hin und predigt das Evangelium bis an die Grenzen der Erde“.

Welche Früchte zeigen nun diese beschämenden Anbiederungen, von den umworbenen nichtkatholischen Konfessionen hochmütig ignorierten Bemühungen und *aggiornamenti*? Nichts! Bei den Katholiken jedoch rufen sie entweder Empörung, Unverständnis bzw. Gleichgültigkeit, Austritt aus der Kirche, nur noch selbste Priesterberufungen hervor.

Solange Rom nicht die königliche Weltherrschaft unseres Herrn Jesus Christus wieder voll bezeugt, werden die Gespräche mit der Priesterbruderschaft St. Pius X. keine positiven Ergebnisse hervorbringen. Auch die Meinung, dass alle Religionen gleichwertig sind, stellt ein unüberwindliches Hindernis dar; es sei denn, die

Dennoch müssen auch hier unangebrachte Verwechslungen vermieden werden. Daher muss, auch wenn man zusammenkommt, um für den Frieden zu beten, das Gebet in unterschiedlichen, den verschiedenen Religionen eigenen Weisen stattfinden. Dies ist die Entscheidung, die 1986 getroffen wurde, und diese Entscheidung ist auch heute noch gültig. Übereinstimmung unter Verschiedenartigem darf nicht den Eindruck erwecken, dass man jenem Relativismus Raum gibt, der den Sinn der Wahrheit und die Möglichkeit, zu ihr zu gelangen, leugnet.

Papst Benedikt XVI., in der Botschaft zum 20. Jahrestag des ‚Interreligiösen Treffens zum Gebet für den Frieden‘ in Assisi, 2. September 2006; in O.R. dt., Nr. 39, 29. September 2006, S. 9.

Die Tatsache, dass wir hierher gekommen sind, beinhaltet nicht die Absicht, unter uns selbst einen religiösen Konsens zu suchen oder über unsere religiösen Überzeugungen zu verhandeln. Es bedeutet weder, dass die Religionen auf der Ebene einer gemeinsamen Verpflichtung gegenüber einem irdischen Projekt, das sie alle übersteigen würde, miteinander versöhnt werden könnten. Noch ist es eine Konzession an einen Relativismus in religiösen Glaubensfragen

Papst Johannes Paul II., aus der Ansprache zu Beginn des Weltgebetstags der Religionen für den Frieden in der Basilika Santa Maria degli Angeli in Assisi, 27. Oktober 1986, in O.R. dt., Nr. 45, 7.11.1986, S. 9).

(Qu. OR, 24. Juli 2011, spanische Ausgabe)

Papst Benedikt XVI. sagte auf der Generalaudienz am 14. Mai 2008, als er die Gestalt des Dionisios Aeropagita in Erinnerung rief: „Man sieht, dass der Dialog nicht die Oberflächlichkeit akzeptiert. Gerade wenn je-

Herr Jesus Christus der einzig wahre Gott ist. Sie wollten die Heiden bekehren. Darum wollten Letztere sie aus dem Weg räumen. Die Missionare haben keine Minute gezögert, ihr Leben hinzugeben, um weiterhin unseren Herrn Jesus Christus zu predigen. Zu den Heiden soll nun gesagt wer-

katholische Kirche verzichtet nicht auf den Anspruch, den allein seligmachenden Glauben zu verkündigen.“

Bei soviel Missverständnis ist es schwierig, die volle Einheit der katholischen Kirche mit der Priesterbruderschaft St. Pius X wieder herzustellen. □

Der für uns das schwere Kreuz getragen hat

Rosenkranzbetrachtung

Der Augsburger Barockmaler Johann Georg Bergmüller konnte biblische Ereignisse aussagekräftig und erzählfreudig in Bilder umsetzen und die damaligen Betrachter verstanden diese Bilder auch.

In erster Linie will auch bei diesem Rosenkranzgesetz der Maler Bibelstellen darstellen; so Joh 19, 17 (*Sie übernahmen also Jesus, und er ging, indem er selbst das Kreuz trug, hinaus zur sog. Schädelstätte.*) oder Mk 15,17 und 20 (... *Dornenkrone ... zogen ihm seine Kleider an und führten ihn hinaus...*) oder, schon im Vorgriff auf die Kreuzigung, Mt 27,

41 (... *samt den Schriftgelehrten und Ältesten ...*). Deshalb trägt Christus selbst das Kreuz, eine Dornenkrone, seine Kleider, und ein Schriftgelehrter verfolgt das Geschehen im Hintergrund. Bergmüller zeigt im Bild aber auch legendenhafte Begebenheiten, wie sie in Kreuzwegstationen vorkommen, so die Begegnung von Christus mit seiner Mutter – einer der sieben Schmerzen Mariens – und wie ihm Veronika ihr Schweißtuch reicht. Schließlich könnte der Maler auch an die Vision der hl. Kreszentia von Kaufbeuren gedacht haben, als er den Schergen zeichnete, welcher mit einer Hand das Kreuz auf Christi Schulter drückt, so dass seine linke Schulter blutet.

Kompositorisch legt der Maler das Bild in Leserichtung von links nach rechts an. Der Blick des Betrachters beginnt bei einem schreienden, römischen Soldaten, welcher einerseits Christus mit einem Strick zurückzieht, andererseits mit einer Keule auf ihn einschlägt, um ihn vorwärts

zu treiben. Weiter folgt der Blick des Betrachters dem Kreuzesbalken und kommt zu Christi Haupt. Dieses ist von einem schwachen Nimbus umgeben und liegt genau in der Mitte des Bildes. Nun wird die Leserichtung durch einen quer zur Leserichtung stehenden Schergen blockiert, welcher gerade in entgegengesetzter Richtung wie der Soldat auf Christus einschlägt. Der Maler will, dass der Blick des Betrachters länger auf Christus verweilt, bevor er weiter nach rechts wandert und bei den beiden, im Vordergrund knienden Frauen, welche entgegen der Lese- bzw. der Kreuzweg-

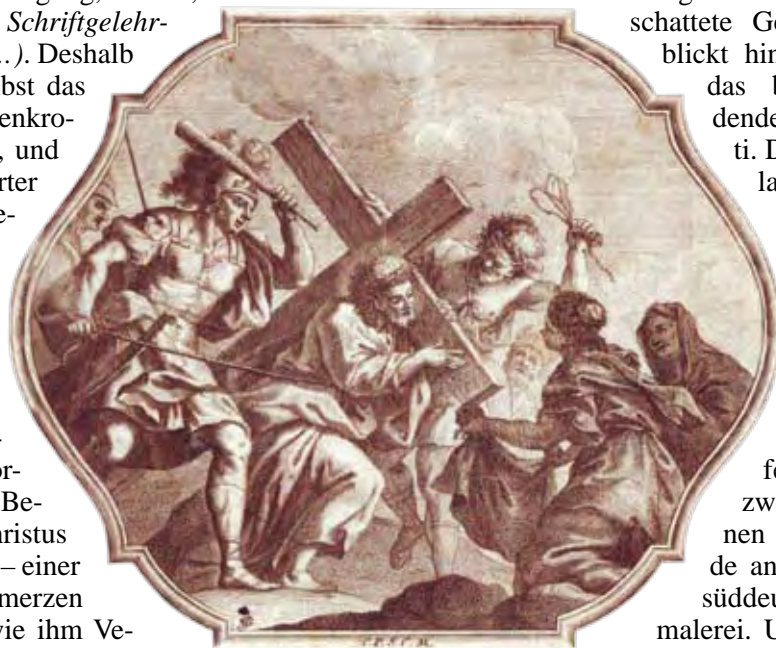
richtung stehen, endet. Das verschattete Gesicht Veronikas blickt hingebungsvoll auf das beleuchtete, leidende Gesicht Christi. Dieser schaut verlangend nach dem Schweißtuch, welches ihm die junge Frau entgegenhält. Er versucht mit seiner rechten Hand danach zu greifen. Wie sich hier zwei Blicke begegnen und zwei Hände annähern, ist beste süddeutsche Barockmalerei. Um die Dramatik der Begegnung mit den Frauen und die Bildtiefe zu steigern,

setzt Bergmüller die beiden Frauen noch in den Vordergrundschaten.

Vielleicht fängt der bewölkte Hintergrundhimmel ein wenig die Stimmung ein, welche die 1850 geborene, heute vergessene Dichterin Anna Esser in einer Strophe ihres entsprechenden Kreuzweggedichtes so beschreibt:

Weh'n in den Lüften nicht Prophetenklagen
Von Israels Verrat, von blut'gem Lohne,
Vom Gotteslamm: das stumm sein Kreuz
getragen.

Alois Eppler



Woelkis Ruhm und Deckers Beitrag

Wie ein FAZ-Journalist hoch- und herunterschreibt



Andreas Püttmann

Ein FAZ-Redakteur hat „landauf, landab“ im Erzbistum Köln recherchiert – und sich am Ende gründlich blamiert.

In einem ausführlichen FAZ-Portrait des neuen Berliner Erzbischofs unter der Überschrift: „Woelkis Werk und Meisners Beitrag“ (25.8.2011) – im Anklang an die preisgekrönte Literaturverfilmung „Gottes Werk und Teufels Beitrag“ – bemüht sich der Autor Daniel Deckers in auffälliger Weise, den einen zur Lichtgestalt hoch-, und den anderen zum Dunkelmann „herunterzuschreiben“, vor allem aber, eine Distanz des jungen Bischofs zu seinem Kölner Mentor und Berliner Vorgänger zu konstruieren. Da wird zum Beispiel behauptet, Woelki habe „dem Meisner Kontra gegeben“ – Quelle: „heißt es landauf, landab im Erzbistum Köln“. Also zwei bekannte Antipoden? Wie konnte es dann aber zum Klischee von Meisners „Handlanger“ kommen, mit dem der Artikel beginnt? Schon hier verstrickt sich Deckers in Widersprüche.

Dass „Meisners Losungen nicht immer überzeugten“ und sein Geheimsekretär Woelki durch ihn gelernt habe, „was ein Bischof richtig, aber auch, was er falsch machen kann“ (worauf natürlich die Betonung liegt), gehört ebenso zu den subtilen Invektiven des Autors wie die Hervorhebung, dass Woelki als Weihbischof „auf die Bistumsleitung schimpfte“ und Meisners Vorgänger Höffner als sein „Vorbild an Güte und Bescheidenheit“ betrachte. Deckers' Versuch, einen Keil zu treiben, wirkt so plump, dass er sogar solchen Lesern ins Auge sprin-

gen kann, die Woelki und Meisner nicht näher kennen. Wer sie aber kennt, wundert sich, dass eine renommierte Zeitung die Wirklichkeit einer Beziehung so verzerren kann.

Das gilt übrigens auch für Deckers Behauptung, das Bonner Collegium Albertinum, die Priesterausbildungsstätte der Erzdiözese Köln, sei vor Woelkis Direktorenzeit als „Homosexuellenhochburg“ und sprichwörtliche „rosa Burg am Rhein“ bekannt gewesen. Oho, ein zweites St. Pölten unterm Kölner Krummstab hat die FAZ hier entdeckt? Zwar wird in diesem Fall wenigstens eine diffuse Quelle genannt: „Hauswirtschafterinnen“ sei etwas aufgefallen. Spekulativ bleibt die Aussage trotzdem – und aus der Sicht einer liberalen Gesellschaft diskriminierend dazu: Von einem überproportionalen Anteil Homosexueller in einer Einrichtung unter anderem darauf zu schließen, hier herrsche systemischer Sittenverfall, und ein „gutes Maß an äußerer Ordnung“ (Deckers) sei erst mühsam wieder herzustellen, offenbart ein Denken, das man eher im ultrarechten Internetportal „kreuz.net“ als in der seriösen Frankfurter Allgemeinen Zeitung vermuten würde.

Bei einer soliden, wirklich „landauf, landab“ erfolgten Recherche in Bonn wäre der Autor vielleicht einem Gesprächspartner begegnet, der ihm von einem ganz gegenteiligen Ruf dieses Theologenkonvikts unter dem Woelki-Vorgänger Wilfried Evertz berichtet hätte: Zu dessen Direktorenzeit (1989-1997) war im Foyer des neuen Stadthauses an der Oxfordstraße ein Miniaturmo-

dell des Bonner Stadtkerns ausgestellt, in welchem das Collegium Albertinum allen Ernstes mit „Sündenabwehrkaserne“ beschriftet war. Da musste sich jemand einen Scherz erlaubt haben. Nach einem Hort der Zuchtlosigkeit klang dieser Spitzname aus dem Volksmund jedenfalls nicht.

Daniel Deckers, der im Abendrot der untergehenden Sonne seines Förderers Karl Kardinal Lehmann mit der Woelki-Eloge vielleicht neue privilegierte Beziehungen zu Männern mit Zukunft im Episkopat sucht, unterläuft aber ein noch eklatanterer Recherchefehler. In seinem Portrait lässt er Woelki mit „Ernst“ von seinen „mittlerweile verstorbenen Eltern“ erzählen. Tatsächlich sind die beiden aber höchst lebendig und wurden bei der Amtseinführung des neuen Erzbischofs an ihrem 56. Hochzeitstag sogar herzlich beklatscht. Ein dermaßen peinlich gegen die Sorgfaltspflicht verstoßender Anfängerfehler in einem für distanzverpflichtete Journalisten ohnehin überengagierten Portrait kann in rauen Zeiten für Zeitungsredakteure durchaus schon mal mit einer Kündigung enden.

Da wollte also einer, aus welchen Gründen auch immer, „Woelkis Werk“ rühmen und „Teufels“ – pardon – Meisners Beitrag dazu klein reden, und hat sich, vor lauter Stichelei gegen sein Feindbild, dabei den Fehlerteufel zugezogen. Katholisch gesehen gleichsam eine Tatstrafe. Die tritt mit dem Begehen der Verfehlung von selbst ein. Und sei es nur in Form einer öffentlichen Blamage. □

Vorsicht: Wölfe im Schafspelz

„Reform“-Forderungen unter der Lupe

Am 23. Januar 2010 wurde in Esslingen am Neckar der „Initiativkreis pro concilio“ gegründet. Diese Initiative hat am 13. November 2010 eine „Plattform“ mit 10 Forderungen „Für die Erneuerung der Kirche“ verabschiedet. Als vordringliches Anliegen sieht diese Initiative ein „Reformkonzil“. Die Kirche stecke in einer „existentiellen Krise“, weil „notwendige Reformen nicht angepackt“ werden. Zur Bewältigung der Krise muss ein „umfassender Erneuerungsprozess“ eingeleitet werden. Die „notwendigen Reformen können nur von einem Konzil beschlossen werden“.

„Reform“konzil ohne Erneuerung im Glauben?

Bereits diese erste Forderung nach einem „neuen Konzil“ ist aufschlussreich. Wie soll der Erneuerungsprozess ablaufen? „In diesem Prozess müssen Amtsträger und Laien in einem zahlenmäßig adäquaten Verhältnis mitberaten und mitbestimmen können“.

Wesentliche Forderungen werden nicht näher konkretisiert. Heißt z.B. „Erneuerung“ Neuausrichtung am unverkürzten und unverfälschten Evangelium? Was heißt ein „zahlenmäßig adäquates Verhältnis von Amtsträgern und Laien“? Warum sollte ein „Reformkonzil“ nach den „geforderten Erneuerungsprozess“ noch notwendig sein?

„Glaubwürdige“ Kirche durch Anpassung?

„Pro concilio“ will zweitens eine „glaubwürdige Kirche“. Dieses Verlangen wird durch einige allgemeine Feststellungen, die niemand infrage stellt, unterstrichen, z.B., dass von der Glaubwürdigkeit abhängt, ob die Verkündigung fruchtbar wird. Nicht

erläutert wird, in welchen Bereichen des kirchlichen Lebens und warum „Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen“. Das wäre aber wissenswert, um das Problem angehen zu können.

„Pro concilio“ fordert drittens eine „lebendige Streitkultur“ für das Austragen von Konflikten. Wenn u.a. dafür „biblische Modelle“ empfohlen werden, wird unterschlagen, dass dabei das „Entscheidende“ und den Streit Klärende die Lehre Christi war. Gilt das auch für die „Pro Concilianer“? Welchen Stellenwert hat bei ihnen in der „lebendigen Streitkultur“ die Lehre der Kirche?

Demokratie in der Kirche durch „synodale Formen“

„Der Kommunikationsstil der Kirche muss auf allen und zwischen allen kirchlichen Ebenen deutlich verbessert werden. Christen sind zu einem geschwisterlichen Umgang verpflichtet“, lautet die vierte Kernaussage der „Reformanliegen“. Wer möchte dem widersprechen? Er muss an jeder Stelle, wo Christen zusammenarbeiten, eingefordert und praktiziert werden. Dazu bräuchte es Zivilcourage, aber kein Reformkonzil. Die „Pro Concilianer“ entschleiern ihre Absicht, wenn sie verlangen: „Daher müssen die synodalen Formen des kirchlichen Miteinanders gegenüber dem hierarchischen Prinzip gestärkt werden“. „Demokratie in der Kirche“ sollte es wohl, offener gesprochen, heißen.

Seelsorge nach dem Willen Gottes oder nach Menschenmaß?

„Für eine stärker am Menschen orientierte Seelsorge“ spricht sich, fünftens, die Plattform aus. Wäre damit nur die „Verständlichkeit“ der Sprache gemeint, so ließe sich darü-

ber reden. Wenn aber gleichzeitig die „Lebensrelevanz“ der Glaubensverkündigung gefordert wird, so ist Vorsicht angesagt. „Am Menschen orientierte Seelsorge“ klingt vordergründig ansprechend. Aber muss sich Seelsorge nicht zuerst an Gott ausrichten? Die Forderung wird unterstrichen, wenn eine „menschenbezogene Vielfalt von Formen der Liturgie“ angemahnt wird. Der Mensch feiert dann nicht Gott, sondern sich selbst. Der deutsche Sonderweg steckt schließlich recht unverblümt in dem Satz: „Statt Reglementierung und Zentralismus ist Vertrauen in die Eigenverantwortung der Ortskirchen vonnöten, damit Neues wachsen kann“.

Priestermangel als Hebel für „Reformen“

Geschickt, aber durchsichtig wird Richtiges mit Falschem gemixt: „Die Sakramente haben im Leben der katholischen Kirche eine fundamentale Bedeutung.“ Daran wird angeschlossen, dass „zu wenige Amtsträger als Spender zur Verfügung stehen“. Die angebotene Lösung „wäre die Änderung der Zulassungsbedingungen zum kirchlichen Amt, die konsequente Teilhabe von Getauften und Gefirmten an der Sakramentenspendung in differenzierten Formen“. In dieser allgemeinen Aussage lässt sich alles unterbringen, was nicht direkt angesprochen ist: Aufhebung des Zölibats, Viri probati, Diakonat und Priesterweihe für die Frauen, Pastoralassistenten/innen für die Predigt in der Eucharistiefeier etc.

„Neue“ Sakramentenpastoral ohne persönliche Umkehr

Die Überschrift der Plattform Nr. 6 heißt „Für die Erneuerung der Sakramentenpastoral“. Darunter hätte gut

gepasst, für ein besseres Sakramentenverständnis einzutreten, z.B. in der Ehe-, Kommunion- und Firmvorbereitung sowie in der Wiederbelebung des Bußsakraments. Erneuerung hat mit der Wiedergewinnung des Bußsakraments zu tun. Papst Benedikt XVI. hat den Verlust der Wahrheit und – damit verbunden – das Meiden des Bußsakraments als Grundursache der heutigen Glaubenskrise ausgemacht. Kardinal Meisner merkt einmal an: „Alle Reformen in der Kirche haben keine Chance, Wirklichkeit zu werden, wenn wir nicht das Bußsakrament neu entdecken. Das ist geradezu der Seismograph dafür, ob in der Kirche eine Reform beginnt oder ob bloß an irgendwelchen Symptomen herumoperiert wird“. Die Forderung nach persönlicher Umkehr und nach einem Umdenken sucht man in dieser Plattform vergebens.

Resonanz bestimmt Niveau der Sexualmoral

Die Kirche soll, siebte, sich in ihrer Sexualmoral neu besinnen. Warum? Weil sie „bei der überwiegenden Mehrheit der Kirchenmitglieder

auf keinerlei Resonanz“ mehr stoße. Die „Pro Concilianer“ stellen nicht die entscheidende Frage, ob die Sexualmoral der Kirche richtig und ob sie für den Menschen das Beste ist. Sie orientieren sich an den „Lebensrealitäten“.

In den weiteren Forderungen „Für neue Zulassungsbedingungen zum kirchlichen Amt“ (VIII), „Für die Stärkung der Eigenständigkeit der Ortskirchen“ (IX), „Für weitere Schritte in der Ökumene“ (X) geht „pro concilio“ aus der Deckung und benennt die Ziele offenherzig, z.B. wenn verlangt wird: „Die Zulassungsbedingungen zum kirchlichen Amt müssen (!) geändert werden. Wir sprechen uns für die Aufhebung des Pflichtzölibats aus. Wir sind überzeugt, dass die Ordination von Frauen möglich ist. Ein erster Schritt (!), wäre die zeitnahe Weihe von Frauen zu Diakoninnen“. Der offene Ungehorsam gegen das oberste Lehramt der Kirche zeigt sich im Satz „Dem Verbot von Papst Johannes Paul II., den Ausschluss der Frauen vom Priesteramt innerkirchlich zu diskutieren, können wir nicht Folge leisten“.

Ungehorsam gegen das Lehramt und Forderung nach deutschem Sonderweg

Der deutsche Sonderweg wird nun nicht mehr kaschiert: „Eine zentralistisch gesteuerte Kirche ist mit dem Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils nicht vereinbar. Wir unterstützen die synodale Mitwirkung von mündigen Christen innerhalb einer Diözese und treten für eine größere Eigenständigkeit der Ortskirchen ein“.

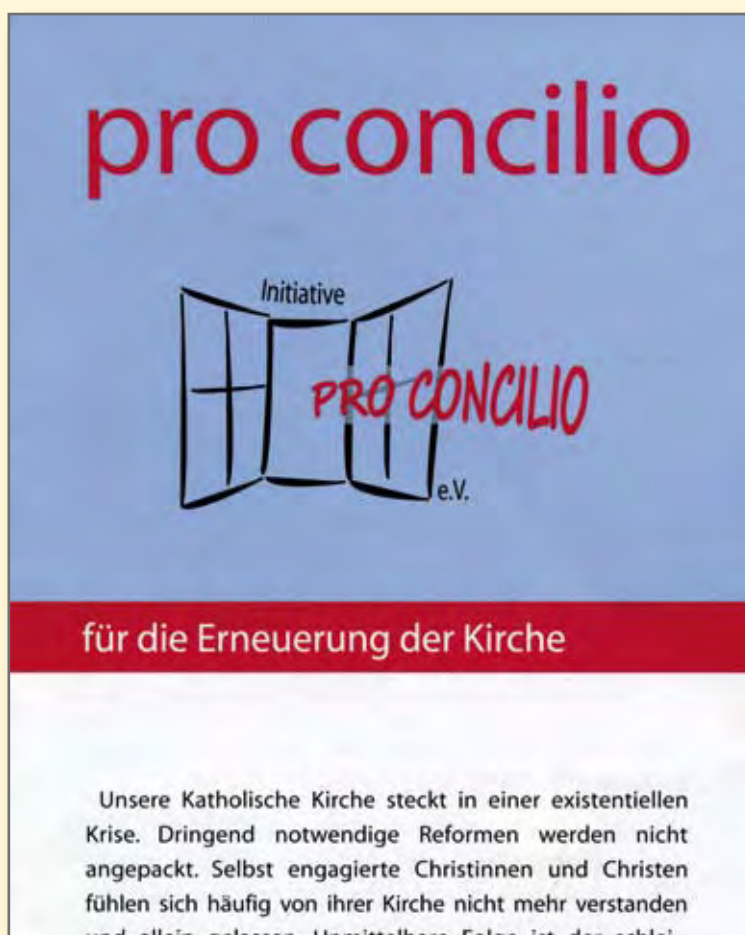
„Die weiteren Schritte in der Ökumene“ sieht „Pro concilio“ in der „gegenseitigen Anerkennung des Abendmahles, bzw. der Eucharistiefiefeier“, in der „eucharistischen Gastfreundschaft als erstem Schritt, in dem – konfessionsverbindend – Ehepaaren die Teilnahme am Abendmahl, bzw. der Empfang der Kommunion ermöglicht wird“.

Diese Ökumene löst die Identität der Kirche auf

Die Schritte, die „Pro concilio“ für den „Erneuerungsprozess“ der katholischen Kirche vorschlägt, werden viele nicht als „neu“ empfinden. Sie sind z.B. nachzulesen im vierzigseitigen Dossier (Publikum Forum Nr. 2., 26. Januar 1996) der Kirchenvolksbegehrer „Wir sind Kirche“ oder im Theologenmemorandum „Kirche 2011“. Tatsächlich ist es wie beim Hauptmann von Köpenick. Auch nachdem er sich die Hauptmannsuniform angezogen hatte, war er doch noch immer der Schuster Vogt. Aber das neue Outfit gab nun seiner Stimme Gewicht.

„Pro concilio“ versucht die bekannten Forderungen breit zu streuen und unter das Volk zu bringen. Es verstärkt den Resonanzboden derer, die eine andere Kirche wollen. Es geht nicht um Dialog oder Erneuerung. Dem Massenabfall folgt in unserer Zeit die massenhafte Verwirrung der Geister.

Diese „Reformer“ sind auch immun gegen Erfahrung. Sonst hätten sie längst zur Kenntnis nehmen müssen, dass dort, wo ihre Forderungen verwirklicht sind, die Attraktivität nicht gestiegen ist, sondern in Richtung Null tendiert. Die Kirchen sind dort nicht voller geworden. Das Gegenteil ist der Fall. □



Der Massenmörder von Oslo und die Berichterstattung

Die Information über den Terrorakt von Oslo stellt keine journalistische Meisterleistung dar. Zuerst wurden islamistische Kreise als mutmaßliche Täter gemeldet. Die Nachricht stellte sich schnell als Falschmeldung heraus. Im Wettrennen um die erste Schlagzeile wurde nicht gewartet, bis gesicherte Erkenntnisse vorlagen. Als dann der Täter Anders Behring Breivik gefasst war, kam die zweite Falschmeldung. Breivik sei ein „christlicher Fundamentalist“ (ZDF und andere Sender am 23.7.2011). In den ZDF-Sendungen „Heute-Journal“ und „Berlin Direkt“ vom 24.7.11 wurde von einem „christlich-fundamentalistischen Hintergrund des Täters Breivik“ gesprochen.

Dazu erklärte der Theologe Reinhard Hempelmann, Fundamentalismusexperte der evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen: Breivik sei kein christlicher Fundamentalist. Die Bezeichnung sei ‚irreführend‘, weil damit suggeriert werde, es gebe einen Bezug zu derartigen Strömungen oder Gruppen. Er könne in dem veröffentlichten „Pamphlet“ des Attentäters keine Charakteristika erkennen, die auf religiösen Fundamentalismus hindeuten. Ein Fundamentalist berufe sich pointiert auf bestimmte heilige Schriften und verstehe diese wortwörtlich. Ferner hänge er einem spezifischen Religi-

Auf dem Prüfstand

onssystem an und wolle dies durchsetzen. All dies sei bei Breivik nicht der Fall.“ (rv/dr/kna)

Der Religionshistoriker Mayer, Direktor des „Instituts Religioscope“ in Freiburg äußerte gegenüber der Nachrichtenagentur *sda*: „Der Täter sei ein ‚kulturell Gläubiger und nicht biblisch‘. Er sei weder praktizierend noch habe er die Anschläge mit der Bibel gerechtfertigt.“

Soviel zum „christlich-fundamentalistischen Hintergrund“. Die Berichterstattung zeigt eine schlampig-schludrige Vorgehensweise, eine Art von Journalismus, die Arthur Schopenhauer, ein Meister der deutschen Sprache, so charakterisiert: „Eine große Menge schlechter Schriftsteller lebt allein von der Narrheit des Publikums, nichts lesen zu wollen, als was heute gedruckt ist: – die Journalisten. Treffend benannt! Verdeutsch

würde es heißen: ‚Tagelöhner‘ (Über Schriftstellerei und Stil, Hamburg 1947, Seite 6).“

Was aber die Medien verschwiegen haben, ist die Tatsache, dass Breivik Mitglied des norwegischen Freimaurerordens war. Breivik war Meister des dritten Grades. Der Attentäter wurde nach seinem Terrorakt aus dem norwegischen Freimaurerorden ausgeschlossen. Warum wurde das in den Medien verschwiegen?

Die Behauptung, der Täter sei ein Mann mit „christlich fundamentalistischem Hintergrund“, lässt je nach Feindbild eine breite Palette der Angriffsfläche zu. Sie reicht von evangelikalischen Christen bis zu katholischen „Fundamentalisten“, die für das ungekürzte und unverfälschte Evangelium eintreten. Diese Behauptung läuft ins Leere, weil für einen Katholiken im Gegensatz zu den Protestanten die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der Freimaurerloge und zugleich auch in der katholischen Kirche gilt.

Hubert Gindert

Verschleierung statt Nennung der wahren Ursachen

Die Jugendkrawalle in London, Manchester und Birmingham haben die Verwüstung ganzer Stadtteile, die Plünderung von Geschäften und fünf Tote auf ihrem Konto. Auf dem Höhepunkt der Randalie sprach der



Forum Deutscher Katholiken

Resolution

Die Bundestagsentscheidung vom 7. Juli 2011 zur Präimplantationsdiagnostik hat verdeutlicht, wie verfügbar menschliches Leben geworden ist. Ob Auslese im Reagenzglas, Abtreibung oder Euthanasie: Gerade am Anfang und am Ende des Lebens wird Menschen immer öfter nur eine eingeschränkte Würde zuerkannt. Da-

bei wird unterteilt in gesunde, leistungsfähige, gewollte Personen und solche, die aus irgendeinem Grund nicht in diese Kategorien passen und deshalb aussortiert und getötet werden dürfen. Unzählige Menschen leiden unter den heute möglichen Entscheidungen über Leben und Tod. Darunter sind auch Millionen Frauen, die die

schwerwiegenden Folgen einer Abtreibung verarbeiten müssen und keine Hilfe erfahren, weil es ihr Leiden, das Post-Abortion-Syndrom, in Deutschland offiziell nicht gibt.

Wenn wir die Würde des Menschen ernst nehmen, steht uns keinerlei Unterscheidung zwischen Noch-nicht-Mensch, Mensch und

englische Premierminister Cameron: „Wir brauchen einen deutlicheren Wertekonsens“.

Prof. Roland Sturm meinte, die Täter seien Leute, die sich ausgegrenzt und unfair behandelt fühlen und die kaum Zugang mehr finden zu der Dynamik und der Veränderung der Gesellschaft. Es seien solche, die z.T. aus sozialen Gründen in Schwierigkeiten gekommen sind. Der Chef der Polizeigewerkschaft in Deutschland, Wendt, erklärte: „Die Ausschreitungen sind Ergebnis von krimineller Energie, Verachtung gegenüber dem Staat und sozialer Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsschichten“. Diese „hochexplosive Mischung“ sei auch in der Bundesrepublik vorhanden. Dagegen wenden sich Sicherheitsexperten und Jugendforscher. Sie verweisen auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die tiefe Spaltung der englischen Gesellschaft (AZ, 14.8.11).

Die Spaltung der Gesellschaft gibt es auch in Deutschland. Eine Schicht Superreicher, z.B. Vorstände von Großbanken und von manchen Wirtschaftsunternehmen, die keinen Gedanken auf das, was die katholische Soziallehre als „Gemeinwohl“ bezeichnet, verschwenden und die selbst bei florierenden Betrieben Arbeitskräfte entlassen, gibt es auch bei uns.

In der Medienberichterstattung über die Randalierer steht das „Ausgegrenzt-Sein“ im Mittelpunkt. Wird dieses Wort nicht überstrapaziert? Es heißt z.B. auch bei uns, Menschen

würden um ihre Bildungschancen betrogen. Wir haben ein offenes Bildungssystem, an dem jeder teilnehmen kann. Wer die erforderliche Qualifikation erbringt, kann von der Grund- oder Hauptschule auf die Realschule, das Gymnasium und von dort auf die Hochschule wechseln. Es gab noch nie so viele Zugänge und Seitenwege zu weiterführenden Schulen wie heute. Das mag mit persönlichen Opfern zu tun haben, z.B. dem Verzicht auf stundenlanges Computersurfen oder Spielen mit dem Handy. Geld spielt nicht die erste Rolle. Integration über die Schule ist für alle möglich.

In der Freizeit gibt es für Integrationswillige eine kaum überschaubare Zahl von Vereinen, z.B. im Sport. Wer sich nicht auf kostspielige Sportarten, wie Tennis, Reiten oder Golfen kapriziert, findet für jeden finanzierbare Möglichkeiten, die integrieren und sozialisieren. Bei vielen Jugendlichen ist eher die zur Verfügung stehende Zeit der begrenzende Faktor.

Für alle ist die berufliche Integration wichtig, weil Erwerb des eigenen Lebensunterhalts, berufliche Anerkennung am Arbeitsplatz das Selbstwertgefühl stärkt. In den vergreisenden westlichen Gesellschaften finden junge Leute, die eine gute schulische Qualifikation erbringen, Arbeit. Das Problem liegt eher bei 55Jährigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren als bei 25Jährigen. Übrigens hatte England unter Toni Blair nahezu Vollbeschäftigung.

Integration ist schließlich über eine Kirchengemeinde möglich. Das mögen manche Jugendliche nicht für cool halten. Trotzdem, für Jugendliche, die nach dem Sinn ihrer Existenz fragen und nicht nur an der Oberfläche der Dinge bleiben, gibt es dort eine Möglichkeit, Antworten auf die tiefen Fragen des Lebens zu erhalten.

In der Ursachenanalyse der Randalie in den Medien tauchen Familie und Defizit in der Erziehung kaum auf. Der Staat ist an der Auflösung von Ehe und Familie beteiligt, wenn er die Ehescheidung erleichtert, Familien mit Kindern finanziell und steuerlich kaum fördert. Die von Frau von der Leyen betriebene Desintegrationspolitik – Mütter möglichst früh an den Arbeitsplatz – ist die Form einer kurzfristigen Familienpolitik.

Der englische Premierminister hat einen „verbesserten Wertecanon“ gefordert. Er hat sicher auch an den Respekt vor anderen Menschen und vor ihrem Hab und Gut gedacht. Wird dieser Respekt aber nicht durch die gesetzlich mögliche Massenabtreibung, die Tolerierung von aktiver Sterbehilfe, die Jugendliche miterleben, zerstört?

Umdenken, um zu einem besseren Wertekonsens zu kommen, ist nicht nur bei den randalierenden Jugendlichen notwendig, sondern gilt für die gesamte Gesellschaft.

Hubert Gindert

Das Leben – ein unverfügbares Geschenk

Nicht-mehr-Mensch zu. Eine Gesellschaft ist nur dann wahrhaft menschlich, wenn sie die Würde jeder Person von ihrer Zeugung an bis zu ihrem natürlichen Tod respektiert und vollständig schützt – unabhängig vom Aufenthaltsort und vom Bewusstseinszustand dieser Person. Eine Gesellschaft, die ihre schutzbedürftigsten und wehrlosesten

Mitglieder aussortiert, handelt inhuman und würdelos.

Die fatalen Folgen der neuerlichen Bundestagsentscheidung gegen die Würde des Menschen können noch abgewendet werden, indem unser Bundespräsident Christian Wulff das Gesetz zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik nicht unterzeich-

net. Deshalb fordern wir hiermit den Bundespräsidenten, der ausdrücklich ein Präsident „aller in Deutschland lebenden Menschen“ sein will, dazu auf, durch die Nicht-Unterzeichnung dieses Gesetzes ein klares Zeichen für das Leben als unverfügbares Geschenk zu setzen.

Karlsruhe 10.09.2011

„Wir sind kein zufälliges und sinnloses Produkt der Evolution“

Heft 3/2011 des „Forum Katholische Theologie“ ist dem Thema „Evolution und Schöpfung“ gewidmet. Der einschlägige Beitrag von Kardinal Christoph Schönborn in der New York Times im Februar 2005 hatte eine Debatte ausgelöst, die eine weitere Klärung notwendig erscheinen ließ, einerseits wegen eines gewissen evangelikalten Bibel-Fundamentalismus, andererseits und mehr noch, weil immer noch ein atheistischer naturalistischer Wissenschaftsglaube aus der Evolution „einen pseudoreligiösen Mythos“ macht, „den einige Evolutionisten gleich einem Dogma der Welt aufzwingen, obgleich er kein wissenschaftliches Fundament hat“ (vgl. S.195). – Das Heft bringt dazu drei ausführliche Untersuchungen, und zwar eine naturwissenschaftliche, eine philosophische und eine theologische:

- *Die Evolutionstheorie auf dem Prüfstand: Das Konzept von Mikro- und Makroevolution / Von Esther Hempel, Dresden.*

- *Evolution und Schöpfung – Hat der transformistische Evolutionismus ein wissenschaftliches Fundament? / Von Joaquin Ferrer Arcellano, Madrid.*

- *Die Konstitution und Entwicklung des Lebendigen – Ein Beitrag zur Schöpfungslehre / Von Michael Stichelbroek. Hier der Schluss des zweiten Beitrages; er fasst das Ergebnis der Untersuchung zusammen:*

(...) Der Mensch kann seinen Ursprung nicht exklusiv im biologischen Prozess der Evolution gehabt haben. Er manifestiert intellektuelle Reflexionsfähigkeiten und einen freien Entscheidungswillen, was nicht auf die Materie zurückzuführen ist. Er besitzt eine spirituelle Dimension, und der Geist kann nicht aus lebender Materie hervorgegangen sein.

Es ist undenkbar, dass der Geist aus der Materie hervorgegangen ist. Das Zeugnis, mit dem das Leben sich dem Lebenden durch seine vitale Tätigkeit offenbart ... ist unmittelbarer, überzeugender und glaubwürdiger, als die abstrakten Erklärungen, welche die erlebte Erfahrung verwischen und sie mit irgendeiner körperlichen Mutation identifizieren. Jeder, der irgendwann geliebt hat, weiß, dass Liebe nicht auf Neuronenüberträger zurückzuführen ist.

Der atheistischen und materialistischen Deutung von Jacques Monod, dass wir „das Produkt eines Zufalls“ sind, hat Papst Benedikt XVI. zu Beginn seines Pontifikates und dann wieder in seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ widersprochen: „Wir sind kein

Zeit im Spektrum

zufälliges und sinnloses Produkt der Evolution (...) Der Mensch ist nicht etwa ein verlorenes Atom in einem Zufalls-Universum, sondern ein Geschöpf Gottes, das von ihm eine unsterbliche Seele empfangen hat und von Ewigkeit her geliebt worden ist“.

Einladung zu gemeinsamem Zeugnis

„Für die Freiheit des Glaubens und die Einheit der Kirche“ ist ein Aufruf überschrieben, mit dem namhafte evangelisch-lutherische Christen zu einem gemeinsamen Zeugnis für „Sieben aktuelle Grundaussagen des christlichen Glaubens“ einladen. Das Zeugnis soll mit persönlicher Unterschrift unter die sieben Grundaussagen gegeben werden, und damit sollen „die vielen Aktivitäten bekennender Gruppen und Gemeinden unterstützt und geistlich miteinander verbunden werden.“ Der Aufruf antwortet auf die zunehmende Bestreitung, Leugnung und Auflösung des christlichen Glaubens in der EKD (siehe dazu Fels 5/2011, S.156 „Spaltungstendenzen in der EKD“) – Das Dokument ist zum Herunterladen abrufbar unter der Web-Adresse der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ in Bayern: www.kssb-bayern.de. – Zu Anlass und Grund der Initiative heißt es in dem Aufruf u.a.:

Es ist unabdingbar nötig geworden, die Bekenntnisse des christlichen Glaubens in Erinnerung zu rufen und wieder wirksam werden zu lassen, die in den Gliedkirchen der EKD ebenso in Geltung stehen wie in allen anderen Gemeinden und Kirchen (...) Die neueren Diskussionen und Beschlüsse zum landeskirchlichen Pfarrerdienstrecht [mit Zulassung homosexueller Paare im Pfarrhaus] haben nämlich offenkundig gemacht, wie tief die Bekenntnisnot in unseren Kirchen und Gemeinden geworden ist. Ein Zwiespalt ist eingetreten, der so tiefgehend bisher nicht wahrgenommen wurde. Er lähmt das kirchliche Leben, fördert Misstrauen unter den Gläubigen, bewirkt schlimme Resignation. Landes-

synoden konnten diesen Zwiespalt nicht überwinden. Manche haben ihn einfach bestätigt und sich damit abgefunden. Es gibt Pfarrkonvente, die sich zu gemeinsamer Andacht nicht mehr in der Lage sehen. Dabei geht es keineswegs nur um theologische Richtungen und kirchenpolitische Entscheidungen, auch nicht nur um sexualethische Fragen, die sich in den Vordergrund gedrängt haben. Vielmehr hat sich gezeigt, dass es um die Wahrheit der Heiligen Schrift geht und um ihre Autorität für Glauben und Leben aller Christen. (...)

Seit langen schon wird in unseren Kirchen und Gemeinden die zentrale Heilsbedeutung des Todes Christi und seiner Auferstehung bestritten und behauptet, sie seien für heutige Christen unannehmbar. Dagegen haben sich kaum ein Bischof oder Synoden zur Wehr gesetzt. Aber diese Grundaussagen der Heiligen Schrift sind auch heute die entscheidende Mitte des christlichen Glaubens und der tragende Grund der Bekenntnisse der Kirche. Darum müssen sich die Christen zusammentun, gemeinsam dafür werben und notfalls auch dafür streiten, dass die Bekenntnisse der Kirche Jesu Christi neu ernst genommen werden.(...) Jetzt gilt es, persönlich für sie einzutreten (...).

Im Dissens zum katholischen Glauben

Der Dissens zu Glauben und Disziplin der katholischen Kirche, der seit langem bei vielen Personen besteht, die zwar äußerlich der Kirche angehören und sogar Ämter in ihr haben oder in ihr „engagiert“ sind, ist mit dem „Aufruf zum Ungehorsam“ einer österreichischen „Pfarrer-Initiative“ von ca. 300 Geistlichen und Äußerungen ihres Vorsitzenden Pfr. Helmut Schüller so offenbar geworden, dass er nicht mehr überhört, übersehen oder weggeredet werden kann. Prof. Dr. Wolfgang Waldstein zeigte das in einem Schreiben an die Zeitung „Die Tagespost“ (13.9.2011, Seite12).

In einem Interview von Pfarrer Schüller mit dem „kurier“ vom 17.08. stellt Conny Bischofberger die Frage: „Haben Sie im Ernst geglaubt, dass sich die Kirche nach mehr als tausend Jahren plötzlich an den Forderungen einiger österreichischer Priester orientiert?“ Pfarrer Schüller stellt „gleich die Gegenfrage: Wer ist die Kirche?“ und antwortet dann: „Das sind die Menschen an der Basis, das sind die Pfarrgemeinden, das sind die Pfarrer und hoffentlich bald auch die Pfarrfrauen.“ Auf den Einwand: „Aber zur Kirche gehören auch der Papst und der Kardinal und die Bischöfe“ antwortet Schüller. „Ja, das ist richtig. Dort brauchen wir einen Nachholprozess an Demokratie, an Teilhabe der Basis, das haben wir nicht. Die Vorgaben

vom Papst können nicht der Weg der Zukunft sein.“

Hier ist nun der Punkt erreicht, an dem klar wird, dass Schüller nicht die katholische Kirche meinen kann. Auf die Frage: „Herr Schüller, warum gehen Sie eigentlich nicht zur evangelischen Kirche? Dort hätten Sie die ganzen Probleme nicht“ antwortet er: „Weil ich meine Kirche nicht im Stich lass ... Weil das meine Kirche ist. Weil ich diese Kirche für gestaltbar halte“, und er fühlt sich offenbar frei und berufen, sie nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Die katholische Kirche ist jedoch nicht das Ergebnis einer jahrhundertelangen demokratischen Gestaltung durch eine „Basis“. Sie ist vielmehr von Christus mit der ihr eigenen Lehre und Ordnung gegründet worden. Und Christus hat zu Petrus gesagt: „Ich sage Dir: Du bist Petrus; auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen“ (Mt 16,18). Und die von Christus eingesetzten Apostel und ihre Nachfolger haben die Lehre Christi durch alle Jahrhunderte getreulich bewahrt. (...)

Herr Schüller ist ein tragisches Opfer der seit Jahrzehnten fortschreitenden Entwicklung, in der tatsächlich der Gehorsam gegenüber der Lehre und der Ordnung der Kirche weithin Konsequenzen missachtet wurde (...)

Man kann jetzt nur hoffen und beten, dass auch die jetzt manifest gewordene Krise den Anstoß zu einer wirklichen Erneuerung der Kirche gibt. Die katholischen Bischöfe haben jetzt die schwere Last zu bewältigen, mit Gottes Hilfe und mit Hilfe des Papstes angesichts des nun offenkundig gewordenen Ausmaßes der Katastrophe die zur Wiederherstellung der Ordnung der katholischen Kirche erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen (...).

Bald Folgebände zum Jugendkatechismus „Youcat“

Kurz vor dem Weltjugendtag in Madrid gab Michaela Freifrau von Heereman, Diplomtheologin und Mit-Autorin des Jugendkatechismus „Youcat“, in einem Interview für die „Katholische Sonntagszeitung“ (6./7.8.2011, S.2) Auskunft über das neue „Youcat“-Institut in Augsburg, über dessen Homepage www.youcat.org und über Folgebände zu dem Jugend-Katechismus:

(...) Das neue internationale „Youcat“-Institut in Augsburg rechnet mit Tausenden von täglichen Zugriffen auf dieser Homepage. Denn auf der Rückseite des WJT-„Youcats“ stehen die Worte aus dem Vorwort des Heiligen Vaters: „Studiert den Katechismus! Das ist mein Herzenswunsch. Studiert ihn mit

Leidenschaft und Ausdauer. Bildet Lerngruppen und Netzwerke, tauscht Euch im Internet aus.“ – Die Mitarbeiter des Instituts betreuen die Seite in fünf Sprachen, beantworten Fragen, weisen auf neue Netzwerke, Bücher und Filme hin und stellen Impulse aus dem „Youcat“ ins Netz, so dass der vom Papst gewünschte Austausch unter der Jugend immer neues „Futter“ bekommt. (...)

Schon im Herbst wird eine Fortsetzung erscheinen: das „Youcat“-Prayerbook, wieder mit Jugendlichen erprobt. Weitere Buchprojekte sind geplant: etwa eine „Youcat“-Jugendbibel, ein „Youcat“-Heiligenbuch, ein „Youcat“-Praxisbuch; also ein Buch zum Thema Christ-Werden beziehungsweise Christ-Sein. Mit lebendigem, frohmachendem Glauben ist es wie mit gutem Essen: Wenn es schmeckt, möchte man mehr davon.

In großer Bedrängnis

„Christen in großer Bedrängnis – Diskriminierung und Unterdrückung. Dokumentation 2011“ – unter diesem Titel hat das Hilfswerk „Kirche in Not“ wieder eine Dokumentation über die schwierige Situation vieler Christen in der Welt herausgebracht, geordnet nach Ländern (Kirche in Not / Ostpriesterhilfe Deutschland e.V., Lorenzstr.62, D-81545 München). – In der Einleitung schreibt der Herausgeber über Sinn und Zweck der Dokumentation u.a.:

Die mangelnde Achtung der Religionsfreiheit weltweit war auch das zentrale Thema der diesjährigen Botschaft des Papstes zum Weltfriedenstag unter dem Titel „Religionsfreiheit, ein Weg für den Frieden“ (...) Wie gefährlich der Einsatz für die Achtung der Religionsfreiheit inzwischen geworden ist, zeigt der tragische Fall zweier Mordanschläge in Pakistan. Der muslimische Politiker Salman Taseer, Gouverneur der Provinz Punjab, wurde am 4. Januar 2011 von einem seiner Leibwächter hinterrücks erschossen. Nur wenige Wochen später, am 2. März 2011, ereilte den einzigen christlichen Minister im Kabinett der pakistanischen Regierung ein ganz ähnliches Schicksal. Der Minister für die Minderheiten Pakistans wurde auf offener Straße in seinem Auto erschossen. Beide Politiker, der eine als Muslim, der andere als Christ, hatten sich für eine Änderung des seit Jahren umstrittenen Blasphemiegesetzes eingesetzt, das oft zur Unterdrückung religiöser Minderheiten missbraucht wird.

Die Not bedrängter Christen hält also weiter an. Deswegen bleibt es unsere Pflicht, die schlimmsten Fälle zu dokumentieren und den unterdrückten Christen mit Gebet und Hilfe beizustehen (...).

„Wir wissen, wohin wir gehen“

Rund 800 000 Menschen aus 38 Ländern kamen (laut kathnet) in der Zeit vom 21. bis 27. August in die italienische Adria-Stadt Rimini, um beim diesjährigen „Meeting für die Freundschaft unter den Völkern“ an Versammlungen teilzunehmen, sich auszutauschen, zu diskutieren und zu feiern. Es war das 32. Treffen dieser Art, das die katholische, 1954 von Luigi Giussani gegründete Gemeinschaft „Comunione e Liberazione ausgerichtet. – Zum Thema des Treffens „Und die Existenz wird erfüllt von einer großen Gewissheit“ schrieb Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone im Namen des Papstes eine Botschaft an die Teilnehmer (veröffentlicht in der Wochenausgabe des „Osservatore Romano in deutscher Sprache Nr. 35/41.Jg. vom 2.9.2011, Seite 7). – Daraus die folgenden Stellen:

(...) Der auferstandene Christus, der in seiner Kirche, in den Sakramenten und mit seinem Geist gegenwärtig ist, ist die letzte und endgültige Grundlage der Existenz, die Gewissheit unserer Hoffnung. Er ist das bereits gegenwärtige „Eschaton“ [Endziel]; er macht die Existenz selbst zum positiven Ereignis, zur Heilsgeschichte, in der jede Gelegenheit ihre wahre Bedeutung in Beziehung zum Ewigen offenbart. Wenn dieses Bewusstsein fehlt, gerät man leicht in die Fänge des Aktualismus, der Sensationsgier ... oder der Verzweiflung, in der alles sinnlos erscheint. Dann wird die Existenz zur fieberhaften Suche nach Ereignissen, nach flüchtigen Neuigkeiten, die sich am Ende als enttäuschend erweisen. Nur durch die Gewissheit, die aus dem Glauben heraus entsteht, kann der Mensch die Gegenwart immer intensiv erleben und gleichzeitig über sie hinausgehen, indem er in ihr den Abglanz des Ewigen entdeckt, auf das die Zeit hingeeordnet ist. Nur die Erkenntnis der Gegenwart Christi, Quelle des Lebens und Bestimmung des Menschen, kann die Sehnsucht nach dem Paradies in uns wecken und uns so vertrauensvoll auf die Zukunft ausrichten, ohne Ängste und ohne falsche Illusionen.

Die Dramen des letzten Jahrhunderts haben uns deutlich gezeigt: Wenn die christliche Hoffnung und damit die Gewissheit des Glaubens und das Verlangen nach den „Letzten Dingen“ nachlässt, geht der Mensch in die Irre und fällt der Macht zum Opfer (...)

Wir Christen sind heute mehr denn je aufgerufen, „jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die uns erfüllt“ (vgl. 1 Petr 3,15) (...)

Wir wissen, wohin wir gehen, und das gibt der ganzen Existenz Orientierung (...)

Da war der große Historiker ratlos

Was für Zeiten: Das Weltreich Roms befand sich auf dem Gipfel seiner Macht. Der römischen Militärmacht konnte in der ganzen Welt um das Mittelmeer keine andere Macht ernsthaft Widerstand leisten. Im Kernland warf man zum Tod Verurteilte zur Unterhaltung der Römer im Zirkus hungrigen Löwen zum Fraß vor.

Wer den Kaiser nicht als Gott verehrte, wurde im Zirkus hingerichtet.

In dieser Umwelt fand sich eine zunächst unbedeutende jüdische Sekte mit ganz anders gesinnten Menschen. Unbegreiflich für die Römer: Diese Christen glaubten nur an einen Gott! Sie sagten, die vielen Götter gebe es gar nicht, und auch der Kaiser sei nur ein Mensch ohne Anspruch auf göttliche Verehrung. Eines freilich musste man ihnen zugestehen: Sie hielten nicht nur ihrem Gott unverbrüchlich die Treue, sondern waren auch untereinander ein Herz und eine Seele. Verwundert sagte man über sie: „Seht, wie sie einander lieben!“ Abgesehen von der Verweigerung göttlicher Verehrung für den Kaiser, waren sie treue Bürger des Reiches; da konnte man ihnen nichts nachsagen.

Die Anzahl der Christen wuchs. Ihre ganze Werbung bestand neben der einladenden Liebe zueinander und darüber hinaus auch zu den übrigen Mitmenschen im furchtlosen, offenen Bekenntnis ihres Glaubens. Der übermächtige Zeitgeist der Götterverehrung, des Kaiserkultes, der Zirkusspiele mit Menschenopfern und des zur selben Zeit einsetzenden Sittenverfalls prallte an ihnen wirkungslos ab. Kein Wunder, dass schließlich die Staatsmacht mit ihren Mitteln gegen die Verweigerung der göttlichen Verehrung des Kaisers durch die inzwischen groß gewordene Christenschar einschritt. Mit blutigen Verfolgungen gedachte man immer wieder einmal, dem Christentum schnell ein Ende zu bereiten.

Im Jahr 312 unserer heutigen (christlichen) Zeitrechnung standen sich die Heere zweier heidnischer Heerführer, von denen jeder für seine Anhänger als rechtmäßiger Kaiser galt, zur Entscheidung an der Milvischen Brücke gegenüber. Die Mutter Konstantins, des Siegers dieser Schlacht, Helena, war Christin. Ihr Einfluss trug dazu bei, dass Konstantin schon im nächsten Jahr im Mailänder Edikt dem Christentum gesetzlich volle Freiheit und Gleichberechtigung zustand und damit auch seine persönliche Vorzugsstellung als ein Gott neben anderen Göttern aufgab.

Im 19. Jahrhundert unserer christlichen Zeitrechnung machte sich nun ein angesehener Gelehrter, der Nobelpreisträger Theodor Mommsen (1817 bis 1903) daran, die Geschichte des Römischen Reiches gründlich zu erforschen und aufzuschreiben. Durch seine bedeutenden, dabei gewonnenen Erkenntnisse und verfassten Werke wurde er zum großen Historiker der Geschichte Roms. Zur Enttäuschung seiner zeitgenössischen Verehrer brach er aber diese, seine Arbeit vorzeitig ab. Das Werk war offensichtlich nicht vollendet. Auf die Frage, warum er seine großartige Arbeit nicht zu Ende bringe, antwortete er, dass er einfach nicht verstehen und erklären könne, wie eine zuerst verschwindend kleine Gruppe von einfachen Menschen sich in diesem so mächtigen Reich durchsetzen konnte. Daher könne er darüber auch nicht schreiben. Dies geschah aber in der Zeit der sogenannten Aufklärung, in der viele die Kraft des Glaubens nicht kannten. Deshalb blieb Mommsens Werk unvollendet.

Alfons Fendt, Erlangen

Worte verschleiern die Wahrheit

Im modernen Sprachgebrauch gibt es viel Vertuschung des Faktischen. Wenn eine Ehe durch Ehebruch unerträglich wird, dann ist sie nicht ohne eigenes Zutun gescheitert, sondern sündhaft gebrochen worden. (...) Die Ehescheidung ist nach heutiger „progressiv“ christlicher Auffassung auf ein Scheitern der Ehe zurückzuführen. Da gibt es kein Verschulden und keine Sünde mehr. Hilft da mit dem Appell zur Barmherzigkeit nur noch die Anpassung an die moderne Welt? Es geht bei Ehebruch und Scheidung nicht um Scheitern, wie die Moderne persönlich entschuldigend formuliert, sondern um Schuld und schwere Sünde. Jesus hat das mehrfach bekräftigt (Mt 19,6; Mk 10,9; Lk 16,18; Mt 5,32, Joh 8,3): „Was aber Gott verbunden hat, das darf der Mensch nicht trennen.“ Da muss man erkennen, dass die heutigen vielfachen Aufweichungsversuche innerhalb der Kirche bei Ehebruch und Ehescheidung mit viel Worten Versuche sind, die nicht nur die Wahrheit der sakramentalen Ehe, vielmehr auch die Wahrheit „Jesus Christus“ relativieren. Bischofsvikar Casetti schreibt im ‚Fels‘ 8/9, S. 243: „Der auferstandene Jesus hat allen seine Gegenwart verheißen. Es gibt folglich keine menschliche Situation außerhalb der

Gnade Gottes. Jeder Getaufte ist gerufen, seine Situation nicht als Sackgasse, sondern als Weg der Umkehr zu leben; und das nicht isoliert, sondern in Verbindung mit der Kirche.“

*Diakon Dr. Elmar Anwander
A-6900 Bregenz, Sonnenstr. 26*

Tendenzbericht aus dubioser Quelle

Die insgesamt ordentliche Würdigung des neuen Erzbischofs von Berlin durch Daniel Deckers (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.08.2011) fällt in jenen Passagen völlig aus dem Rahmen einer soliden Recherche, in denen der Autor den Eindruck vermitteln will, Rainer Woelki habe als Direktor des Bonner Collegium Albertinum dort einen Saustall ausgemistet, den Deckers mit „rosa Burg am Rhein“ und „Homosexuellenhochburg“ apostrophiert. Seit 1979 kam ich als Vorsitzender der Prüfungskommission regelmäßig mit den jeweiligen Vorständen und vielen Studenten des Collegium Albertinum zusammen. Den Kollegen unserer Theologischen Fakultät und mir wäre es sicher nicht verborgen geblieben, wenn die Behauptungen des Autors zuträfen. In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, mit ehemaligem Studenten und heute gestandenen Kölner Priestern darüber zu sprechen. Niemand kann ausschließen, dass es im Lauf der Jahre unter Hunderten von Priesteramtskandidaten den einen oder anderen zur Homosexualität neigenden jungen Mann gegeben haben könnte. Deckers macht daraus eine „Homosexuellenhochburg“ und beruft sich dabei auf „Hauswirtschafterinnen“ als Informationsquelle. Die jetzige Inhaberin dieser Aufgabe, die das Personal größtenteils aus der Zeit vor Direktor Woelki übernommen hat, ist entsetzt über Deckers Abqualifizierung des Hauses. Wenn sie zuträfe, hätte auch sie sicher davon erfahren. Insofern muss man Deckers Auslassungen über das Collegium Albertinum in der Zeit vor Direktor Woelki - milde gesprochen - als Straftatbestand der „üblen Nachrede“ qualifizieren. Welche Motive dahinterstehen, Erzbischof Woelki zu loben und das Collegium Albertinum vor dessen Zeit als Direktor madig zu machen, darüber kann man nachdenken. Diese Art von Stimmungsmache liegt jedenfalls unterhalb des sonstigen Niveaus der FAZ.

*Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Roos
Universität Bonn,
Regina-Pacis-Weg 1a*

Sühnenacht Sühneanbetung

Marienfried: 08.10.2011 · ab 14.00 Uhr · Anbetung d. Allerh. u. Beichtgel. · hl. Messe · feierl. Hochamt · Beichtgel. · Hinweise: 07302-92270

Veranstaltungen der Initiativkreise – Aktionsgemeinschaften:

Limburg:

29.10.2011 · 16:15 Uhr · Gemeindehaus St. Marien · Dorotheenstr. 19 · Bad Homburg · **P. Prof. Dr. Werner Löser SJ: Die Kirche aus Juden und Heiden und die abendländische Kirchenspaltung** · zuvor 15:30 Uhr · Pfarrkirche · feierl. Vesper m. sakr. Seg. · Hinweise: 06172-72181

Mainz:

22.10.2011 · 15.45 Uhr · Aula der Fachhochschule für Ingenieurwesen, Mainz, Holzstrasse / Ecke Rheinstrasse · **DDDr. Peter Egger: Die Zehn Gebote als Antwort auf das postmoderne Wertechaos** · anschl. Marienkirche Weintorstrasse · 18.15 Uhr · feierl. Vorabendmesse. Zelebrant: Msgr., Dompräbendat a.D. David Nikolaus Becker, Mainz. Hinweise: Tel./ Fax: 06725/4556

München:

27.10.2011 · 18:00 Uhr · Hansa Haus · Briennerstraße 39 · 80333 München · **Prof. Dr. Manfred Spieker: „Was heißt Sterbehilfe?“ Die tödlichen Fallen der Selbstbestimmung** · Hinweise: 089-605732 · E-Mail: Hans.Schwanzl@t-online.de

Kardinal-von-Galen-Kreis Münster:

28.10.2011 · 16.30 Uhr · Pfarrer-Elthrop-Heim in Münster · **Geistlicher Rat H.H. Pfarrer Clemens Lübbers: Fragt dich**

Anschriften der Autoren dieses Heftes

- Dr. Alois Eppl
Krautgartenstr. 17, 86842 Türkheim
- Raymund Fobes
Zillenweg 8, 85051 Ingolstadt
- Jürgen Liminski
Neckarstr. 13, 53757 St. Augustin
- Dr. Andreas Pittmann
Weststr. 74a, 46535 Dinslaken
- Prof. Dr. Manfred Spieker
Südstr. 8, 49124 Georgsmarienhütte
- Dr. Eduard Werner
Römerweg 3 A, 82346 Andechs

morgen dein Kind: Was ist das, Sein Wille? (Dtn 6,20) – oder: Die Rede vom Volk Gottes · zuvor 16.00 Uhr · Herz-Jesu-Kirche: Andacht · Hinweise: 0 2563-905246 · www.kvgk.de

Osnabrück:

25.10.2011 · 19:30 Uhr · Pfarrheim St. Ansgar Osnabrück - Nahne · Frau Doris Mohrma: Wie findet eine Revoluzzerin, Feministin, Esoterikerin und Schamanin zur katholischen Kirche? Ein Leben quer durch die Ideologien der letzten 50 Jahre · Hinweise: Fax: 05429/929241 · www.initiativkreis-osnabrueck.de

Rottenburg-Stuttgart:

30.10.2011 · Liebfrauenhöhe Ergenzingen · 09:30 Uhr · heilige Messe in St. Albert, Zuffenhausen · 11:00 Uhr · **Prof. Dr. Eberhard Lindner: Das Turiner Grabtuch: Folge der Auferstehung, das entschlüsselte Geheimnis von weltgeschichtlicher Bedeutung** · 15:00 Uhr · **Prof. Dr. Eberhard Lindner: Die Sprach- und Beziehungslosigkeit zwischen Theologie und Naturwissenschaften – und ihre Überwindung** (durch das Turiner Grabtuch) · Hinweise: 07022-43135 und 0721-8801263

Trier:

30.10.2011 · 14:30 Uhr · Eucharistische Andacht in der Kirche der Weißen Väter · 15:00 Uhr · **Pfarrer Ralf Hiebert: „Neuevangelisierung oder eine neue andere Kirche?“** · Missionshaus der Weißen Väter, Dietrichstraße 30, Trier · Hinweise: 06831-41816; Jeden Sonntag 9:00 Uhr hl. Messe im außerordentlichen

Usus in der Helenenhaus-Kapelle, Windmühlenstraße 6, Trier, Pater Daniels Bartels, Hinweise: Tel.: 06831-41816

Liborius Wagner-Kreis Würzburg:

3.10.2011 · **Glaubens- und Gemeinleben / Neuevangelisierung · Studien- und Besinnungstag** · Exerzitienhaus Himmelsporten, Mainaustraße 42, 97082 Würzburg · Referent: Univ.-Prof. Dr. Reinhold Ortner · Anmeldung (ist für Mittagessen unbedingt erforderlich), bitte bis Sa 24.09.2009 per Post, Telefon oder E-Mail an Gregor Türk, Pfarrer i. R. 97517 Rannungen, Hauptstraße 6, Tel.: 09738/8599-45, E-Mail: gregor.tuerk@bistum-wuerzburg.de

Liborius Wagner-Kreis Würzburg:

23.10.2011 **Wallfahrt zum Grab des seligen Liborius Wagner nach Heidenfeld** · Hinweise: Tel.: 06022-20726, E-Mail: guentherbrand@gmx.de

Gebetsanliegen des

Hl. Vaters im Oktober 2011

1. Für Kranke im Endstadium, dass sie bei ihrem Leiden vom Glauben an Gott und der Liebe der Mitmenschen gestützt werden.
2. Dass die Feier des Weltmissionssonntags unter dem Gottesvolk die Begeisterung für die Evangelisierung steigert und die Unterstützung der Mission durch das Gebet und die materielle Hilfe für arme Kirchen vermehrt.

DER FELS - Katholische Monatsschrift. Gegründet 1970 von Pater Gerhard Hermes SAC

Verlag: Der Fels-Verein e.V.

Herausgeber: Der Fels-Verein e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Hubert Gindert

Redaktion: Eichendorffstr. 17, D-86916 Kaufering, Tel.: 08191/966744, Fax: 08191/966743,

e-mail: Redaktion: Hubert.Gindert@der-fels.de Bestellung: Renate.Gindert@der-fels.de

Verlagsleitung: ebendort, Grafik und Layout: Renate Gindert, Bernau;

Druck: Mayer & Söhne, Druck und Mediengruppe GmbH, 86551 Aichach

DER FELS erscheint monatlich im Umfang von 32 Seiten.

Bestellung: An den Fels-Verein e.V., Postfach 1116, D-86912 Kaufering

Einzahlung Deutschland: Konto Fels e.V.;

Landsberg-Ammersee Bank eG, KontoNr.: 514 75 22, BLZ: 700 916 00;

Postbank München, KontoNr.: 903 166 809, BLZ 700 100 80

Österreich: Bestellungen wie oben, Landeshypothekenbank Salzburg, Fels e.V.,
Konto Nr.: 2 493 378, BLZ: 55 000;

Schweiz: Bestellungen wie oben, Post Finance, Der Fels e.V.,

Konto Nr.: 60-377132-6, (Ausland) IBAN: CH80 0900 0000 6037 7132 6; BIC: POFICHBEXXX

Für übrige EU-Länder: Wer Spenden auf unser Konto überweisen möchte, kann dies zu Inlandsgebühren erledigen, wenn er bei der Überweisung anstelle der Kontonummer die IBAN (=Internationale Kontonummer) DE 46 7009 1600 0005 1475 22 und anstelle der Bankleitzahl die BIC (Identifikation des Kreditinstitutes) GENODEF1DSS angibt.

Der Stettiner Märtyrerkreis

Die Kirche ist dabei, einen weithin vergessenen Schatz wieder zu entdecken. Nach den Seligsprechungen von Georg Häfner, Aloys Andritzki und von den drei Lübecker Märtyrern Prassek, Lange und Müller gelangt nun am 13. November 2011 auch der Innsbrucker Generalvikar Carl Lampert aus dem Kreis der Stettiner Märtyrer zur Ehre der Altäre. Diese Seligen werden als Blutzeugen anerkannt und dürfen im Kanon einer hl. Messe um Fürbitte bei Gott angerufen werden.

menkünfte waren als eine Art „Verbrüderung mit dem Feind“ verboten. Aber Lampert sah in diesen Gefangenen Mitmenschen und Glaubensbrüder. Man vertraute einander. Wie bei den Soldatenrunden Simoleits kam es auch bei den Teestunden Lamperts zu politischen Gesprächen. Dabei kamen auch geheime Nachrichten ausländischer Sender und schreckliche Erzählungen von Soldaten aus dem Osten zur Sprache. Das Hören ausländischer Sender war aber verboten. Mit der Zeit schloss sich den Pries-

fall. Auf ehrenrührige Vorhaltungen des Anklägers hin nahm der Vorsitzende Richter Lueben die Priester in Schutz und hielt dem Staatsanwalt erregt entgegen: „Bei den Angeklagten handelt es sich weder um Verbrecher noch um asoziale Elemente. Ihre einzige Tragik ist, dass sie Priester sind.“ Acht dieser Häftlinge wurden zum Tode verurteilt und am 13. November 1944 hingerichtet. Dazu gehörten auch die Priester Lampert, Simoleit, P. Lorenz, sowie fünf Laien. Die Mehrzahl der Häftlinge erhielt

Rudolf Mandrella



Carl Lampert



P. Friedrich Lorenz



Herbert Simoleit



Der Stettiner Kreis, der Menschlichkeit auch im Krieg praktizierte, bestand u.a. aus den vier Priestern Carl Lampert, Kaplan Herbert Simoleit, Pater Friedrich Lorenz, Kaplan Berger sowie dem Amtsgerichtsrat Rudolf Mandrella, mehreren Soldaten und ausländischen Zwangsarbeitern. Der Zweite Weltkrieg hatte sie alle nach Stettin geführt. Den Innsbrucker Priester Lampert hatte die Gestapo nach einem KZ-Aufenthalt in Dachau aus seiner Heimat verbannt und in das ihm fremde Stettin geschickt. Während sich Kaplan Simoleit neben seiner regulären Seelsorge auch um die Soldaten in Stettin annahm, kümmerte sich sein Mitbruder Lampert mehr um die Zwangsarbeiter. Er lud sie zum Gottesdienst ein und anschließend zum Tee in die Räume der Propstei. Solche Zusam-

men ein Ingenieur unter dem Namen Hansen an. Dieser Mann war aber ein Spion und hieß in Wahrheit Franz Pissaritsch. Er machte Notizen für die Gestapo. Im Januar 1943 hatte die Gestapo (Geheime Staatspolizei) genug Belastungsmaterial gesammelt. In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1943 schlugen die Nazis zu. Verhaftet wurden insgesamt 40 Personen. Darunter waren 14 katholische Priester, einige Soldaten und ausländische Zwangsarbeiter. Anklagepunkte waren „Vergehen gegen das Rundfunkgesetz, Feindbegünstigung und Zersetzung der Wehrkraft.“ Der letzte Punkt betraf das Weitersagen von Grausamkeiten der SS in den Ostgebieten. Die Vernehmungsmethoden waren brutal. Während der Gerichtsverhandlung gab es einen damals unerhörten Zwischen-

fall. Auf ehrenrührige Vorhaltungen des Anklägers hin nahm der Vorsitzende Richter Lueben die Priester in Schutz und hielt dem Staatsanwalt erregt entgegen: „Bei den Angeklagten handelt es sich weder um Verbrecher noch um asoziale Elemente. Ihre einzige Tragik ist, dass sie Priester sind.“ Acht dieser Häftlinge wurden zum Tode verurteilt und am 13. November 1944 hingerichtet. Dazu gehörten auch die Priester Lampert, Simoleit, P. Lorenz, sowie fünf Laien. Die Mehrzahl der Häftlinge erhielt langjährige Haftstrafen. Der Vorsitzende Richter Lueben beging in der Nacht vor der Urteilsverkündung aus Verzweiflung Selbstmord, weil er das Todesurteil nicht verkünden wollte. Rudolf Mandrella war schon am 3. 9. 1943 hingerichtet worden, weil er sich „als Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung und Staatsführung gezeigt habe“. Alle Todeskandidaten legten vor dem Sterben ein Treuebekenntnis zu Christus ab. Pater Lorenz schrieb: „Mein Tröpflein Blut vereinigt sich mit dem Blut Jesu Christi auf dem Altar zur Verherrlichung Gottes...“. Lampert sagte: „Jetzt ruft mich Gott. Lebt wohl!“ Kaplan Simoleit schrieb an seine Mutter: „Jetzt wollen wir das Kreuz annehmen. Auf Wiedersehen dort, wo es keine Tränen mehr gibt.“

Eduard Werner